

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter .....	LIX
Abkürzungsverzeichnis .....	LXIII
Literatur .....	LXXI

## **SGB VIII Sozialgesetzbuch (SGB) – Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe** .....

1

### **Erstes Kapitel Allgemeine Vorschriften** .....

3

#### **§ 1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe** .....

3

A. Allgemeines .....	3
B. Einzelheiten .....	4
I. Abs. 1 – Recht auf Förderung und Erziehung .....	4
II. Abs. 2 – Wiederholung von Art. 6 Abs. 2 GG .....	5
III. Abs. 3 – Ziele der Jugendhilfe .....	6
1. Abs. 3 Nr. 1 – Pflicht zur Förderung der Entwicklung und zur Vermeidung oder dem Abbau von Benachteiligung .....	6
2. Abs. 3 Nr. 2 – Förderung von Selbstbestimmung und Teilhabe .....	7
3. Abs. 3 Nr. 3 – Beratung und Unterstützung von Eltern und anderen Erziehungsberechtigten .....	8
4. Abs. 3 Nr. 4 – Schutz des Kindeswohls .....	8
5. Abs. 3 Nr. 5 – Beitrag zur Erhaltung oder Schaffung positiver Lebens- und Umweltbedingungen .....	9
IV. Kinderrechte ins Grundgesetz? – Zwischenstand der Debatte .....	10

#### **§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe** .....

13

A. Allgemeines .....	14
B. Einzelheiten .....	14
I. Abs. 1 – Aufgaben der Jugendhilfe .....	14
II. Abs. 2 – Leistungen .....	15
III. Abs. 3 – Andere Aufgaben .....	15
IV. Schlichtes Verwaltungshandeln .....	16
V. Verwaltungsverfahren .....	16

#### **§ 3 Freie und öffentliche Jugendhilfe** .....

18

A. Allgemeines .....	18
B. Einzelheiten .....	20
I. Abs. 1 – Trägervielfalt als Strukturmerkmal der Jugendhilfe .....	20
II. Abs. 2 – Trägerschaft bei der Erbringung von Leistungen .....	20
III. Abs. 3 – Trägerschaft bei der Wahrnehmung der „anderen Aufgaben“ .....	21

<b>§ 4 Zusammenarbeit der öffentlichen Jugendhilfe mit der freien Jugendhilfe</b> .....	22
A. Allgemeines .....	22
B. Einzelheiten .....	22
I. Abs. 1 – Verpflichtung zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit .....	22
II. Abs. 2 – Funktionsschutz der freien Jugendhilfe? .....	23
III. Abs. 3 – Förderung der freien Jugendhilfe und Stärkung der Beteiligung .....	24
<b>§ 4a Selbstorganisierte Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung</b> .....	25
A. Allgemeines .....	25
B. Einzelheiten .....	26
I. Absatz 1 – Selbstorganisierte Zusammenschlüsse .....	26
1. Abs. 1 Satz 1 – Merkmale selbstorganisierter Zusammenschlüsse .....	26
2. Abs. 1 Satz 2 – Betätigungsfelder .....	28
II. Abs. 2 – Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe .....	28
III. Abs. 3 – Fördergebot .....	29
<b>§ 5 Wunsch- und Wahlrecht</b> .....	31
A. Bedeutung der Vorschrift .....	31
B. Einzelheiten .....	32
I. Öffentliche Träger als Verpflichtete .....	32
II. Berücksichtigung der Wünsche und Interessen nicht leistungsberechtigter Kinder und Jugendlicher .....	33
III. Einschränkungen des Wunsch- und Wahlrechts .....	33
IV. Mehrkostenvorbehalt des § 36 SGB VIII .....	35
V. Wahl zwischen vergleichbaren Leistungen .....	35
<b>§ 6 Geltungsbereich</b> .....	36
A. Allgemeines, Struktur der Vorschrift .....	36
B. Einzelheiten .....	38
I. Abs. 1 – Leistungsberechtigte, Adressatinnen und Adressaten anderer Aufgaben, Umgangsberechtigte .....	38
II. Abs. 2 – Einschränkungen für Ausländerinnen und Ausländer .....	39
1. Maßgebliche Person .....	39
2. Rechtmäßiger Aufenthalt .....	40
a) Unionsbürger, EWR-Staatsangehörige sowie Schweizer Staatsangehörige und ihre jeweiligen Familienangehörigen .....	40
b) Türkische Staatsangehörige .....	40
c) (Sonstige) Drittstaatsangehörige .....	41
aa) Besitz eines Aufenthaltstitels .....	41
bb) Sonstige Fälle rechtmäßigen Aufenthalts .....	41
3. Ausländerrechtliche Duldung .....	42
4. Gewöhnlicher Aufenthalt im Inland .....	43
a) Inhaber von Aufenthaltstiteln .....	45
b) Inhaber einer Duldung .....	45
c) Asylbewerberinnen und Asylbewerber .....	47
5. Rechtsfolgen .....	48
6. Ausländerrechtliche Konsequenzen der Inanspruchnahme von Kinder- und Jugendhilfe .....	48
III. Die Erfüllung anderer Aufgaben gegenüber Ausländerinnen und Ausländern .....	48
IV. Abs. 3 – Leistungen an Deutsche im Ausland .....	48
V. Abs. 4 – Vorrang über- und zwischenstaatlichen Rechts .....	49

VI. Europarecht .....	49
1. Unionsbürger .....	49
2. Staatsangehörige der Schweiz .....	49
3. Türkische Staatsangehörige .....	50
VII. Sonstiges über- und zwischenstaatliches Recht .....	50
<b>§ 7 Begriffsbestimmungen .....</b>	<b>53</b>
A. Allgemeines .....	53
B. Einzelheiten .....	54
I. Abs. 1 Nr. 1 bis 4 – Allgemeine Begriffsbestimmungen .....	54
II. Abs. 2 – Junge Menschen mit Behinderungen .....	55
III. Abs. 3 und 5 – Sonderdefinitionen „Kind“ .....	56
VI. Abs. 4 – „Werktage“ .....	56
<b>§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen .....</b>	<b>57</b>
A. Allgemeines .....	57
B. Die Regelungen im Einzelnen .....	59
I. Abs. 1 – Pflicht zur Beteiligung und Information .....	59
1. Abs. 1 Satz 1 – Grundsatz der Beteiligung .....	59
2. Abs. 1 Satz 2 – Recht auf Informationen zu Verfahren .....	62
II. Abs. 2 – Initiativrecht .....	64
III. Abs. 3 – Beratung ohne Kenntnis der Personensorgeberechtigten .....	65
IV. Absatz 4 – Verständliche, nachvollziehbare und wahrnehmbare Beteiligung und Beratung .....	69
<b>§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung .....</b>	<b>71</b>
A. Allgemeines .....	73
1. Elternrechte/Elternpflichten und Staatliches Wächteramt .....	73
2. Kindeswohlgefährdung .....	74
3. Änderungen der Rechtsnorm .....	76
B. Einzelheiten .....	77
I. Absatz 1 .....	77
1. Schutzauftrag des Jugendamtes .....	77
2. Gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung .....	79
3. Hausbesuch .....	83
4. Inaugenscheinnahme eines Kindes bei Dritten .....	84
5. Einbeziehung meldender Berufsgeheimnisträger_innen in Gefährdungseinschätzung .....	85
6. Einschätzung des Gefährdungsrisikos .....	87
7. Erziehungsfähigkeit .....	91
8. Risikofaktoren .....	91
9. Grundbedürfnisse von Kindern/Jugendlichen .....	92
10. Gefährdungsmerkmale .....	93
11. Ergebnis der Einschätzung des Gefährdungsrisikos .....	95
12. Vorgehen bei Kindeswohlgefährdung .....	99
13. Vereinbarung zum Schutz des Kindes, der/des Jugendlichen .....	99
14. Vorgehen bei dringendem Hilfebedarf und sich androhender Kindeswohlgefährdung .....	101
II. Absatz 2 .....	102
1. Anrufen des Familiengerichts .....	102
2. Erörterungstermin .....	103

3.	Kontrollverantwortung des Jugendamtes .....	104
4.	Stellung des Jugendamtes in Verfahren vor dem Familiengericht .....	104
5.	Verantwortungsgemeinschaft im Kinderschutz .....	106
6.	Anzeigepflicht des Jugendamtes .....	107
7.	Inobhutnahme .....	107
III.	Absatz 3 .....	108
IV.	Absatz 4 .....	108
1.	Adressatenkreis der Regelung .....	108
2.	Ausgestaltung der Vereinbarung .....	109
3.	Gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung .....	110
4.	Insoweit erfahrene Fachkraft .....	111
5.	Einschätzung des Gefährdungsrisikos .....	112
6.	Ergebnis der Einschätzung des Gefährdungsrisikos .....	112
7.	Vereinbarungen zum Schutz des Kindes, der/des Jugendlichen .....	115
8.	Vorgehen bei dringendem Hilfebedarf und sich drohender Kindeswohlgefährdung .....	116
9.	Information des Jugendamtes über eine Kindeswohlgefährdung .....	116
V.	Absatz 5 .....	118
1.	Inhalt der Regelung .....	118
2.	Hinzuziehen einer insoweit erfahrenen Fachkraft zur Einschätzung des Gefährdungsrisikos .....	120
3.	Einschätzung des Gefährdungsrisikos .....	120
4.	Einbeziehung der Erziehungsberechtigten .....	121
5.	Information des Jugendamtes über eine Kindeswohlgefährdung .....	122
VI.	Absatz 6 .....	123
1.	Örtliche Zuständigkeit bei Kindeswohlgefährdung .....	123
2.	Weitergabe von Informationen an den für die Leistungsgewährung zuständigen Träger .....	123
3.	Übergabegespräch .....	123
VII.	Schutzauftrag und strafrechtliche Garantenhaftung .....	124
1.	Garantenstellung aus tatsächlicher Schutzübernahme .....	124
2.	Garantenstellung aus Gesetz .....	125
3.	Garantenpflichten .....	125
4.	Strafbarkeitsvoraussetzung bei Verstoß gegen Garantenpflicht .....	127
5.	Garantenstellung/Garantenpflichten von Fachkräften freier Träger .....	127
6.	Ende der Garantenpflicht .....	129
<b>§ 8b</b>	<b>Fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen</b> .....	<b>130</b>
A.	Allgemeines .....	130
B.	Einzelheiten .....	131
I.	Absatz 1 .....	131
1.	Berufsheimlichkeitspflichten sowie Haupt- und nebenamtliche Personen .....	131
2.	Datenschutzrechtliche Bestimmungen .....	132
3.	Zuständigkeit für die Erfüllung des Beratungsanspruchs .....	132
4.	Umfang des Beratungsanspruchs .....	133
5.	Eingeschränkte Übermittlung von Melder_innendaten an Betroffene durch das Jugendamt .....	133
6.	Insoweit erfahrene Fachkraft .....	135

II. Absatz 2 .....	135
1. Anspruchsberechtigte Träger .....	135
2. Inhalt des Beratungsanspruchs .....	136
III. Absatz 3 .....	137
<b>§ 9 Grundrichtung der Erziehung, Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen .....</b>	<b>138</b>
A. Allgemeines .....	138
B. Einzelheiten .....	139
I. Nr. 1 Grundrichtung der Erziehung, Religion .....	139
II. Nr. 2 Berücksichtigung der Fähigkeiten und Bedürfnisse .....	140
III. Nr. 3 Förderung Gleichberechtigung .....	141
IV. Teilhabe von jungen Menschen mit und ohne Behinderung .....	142
<b>§ 9a Ombudsstellen .....</b>	<b>144</b>
A. Allgemeines .....	144
B. Einzelheiten .....	145
I. Implementierung und Aufgaben von Ombudsstellen (Satz 1) .....	145
II. Bedarfsgerechte Infrastruktur und fachliche Weisungsfreiheit (Satz 2) .....	146
III. Barrierefreiheit (Satz 3) .....	147
IV. Landesrecht (Satz 4) .....	148
<b>§ 10 Verhältnis zu anderen Leistungen und Verpflichtungen .....</b>	<b>149</b>
A. Regelungsgegenstände .....	149
B. Einzelheiten .....	150
I. Abs. 1 – Grundsatz des Vorrangs der Verpflichtungen anderer .....	150
1. Allgemeines .....	150
2. Einzelne vorrangige Leistungs-Verpflichtungen anderer .....	151
II. Abs. 2 – Verhältnis von Leistungen nach SGB VIII und Unterhaltspflichten .....	153
III. Abs. 3 – Grundsatz des Nachrangs von SGB II-Leistungen .....	154
IV. Abs. 4 – Verhältnis zu SGB IX- und SGB XII-Leistungen .....	155
V. Landesrechtsvorbehalt zu abweichender Vorrangregelung zur Frühförderung .....	157
VI. Letzte Rechtsentwicklung .....	157
<b>§ 10a Beratung .....</b>	<b>159</b>
A. Allgemeines .....	160
I. Funktion und Charakter der Norm .....	160
II. Abgrenzung zu anderen Beratungsangeboten .....	162
B. Einzelheiten .....	162
I. Abs. 1 – Beratung .....	162
1. Adressaten .....	162
2. Beratende Fachkraft .....	163
3. Art der Beratung .....	163
4. Vertrauensperson .....	165
II. Abs. 2 – Inhalt der Beratung, Aufgabenkatalog .....	165
III. Abs. 3 – Gesamtplanverfahren nach SGB IX bis 2028 .....	166

<b>§ 10b Verfahrenslotse</b> .....	167
A. Allgemeines .....	167
I. Stufenplan zur Inklusion .....	167
II. Einführung des Verfahrensloten .....	169
III. Perspektiven der Beratung durch den Lotsen .....	170
B. Einzelheiten .....	170
I. Abs. 1 – Anspruch auf Unterstützung und Begleitung .....	170
II. Abs. 2 – Strukturelle Zusammenarbeit .....	172
<b>Zweites Kapitel Leistungen der Jugendhilfe</b> .....	173
<b>Erster Abschnitt Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz</b> .....	173
<b>§ 11 Jugendarbeit</b> .....	173
A. Historie .....	174
B. Allgemeines .....	175
C. Einzelheiten .....	177
I. Abs. 1 – Grundlagen der Jugendarbeit .....	177
1. Rechtscharakter Norm .....	177
2. Charakter und Ziele der Jugendarbeit .....	182
3. Zielgruppen .....	184
II. Abs. 2 – Anbieter und Angebote .....	186
1. Träger der Jugendarbeit .....	186
2. Angebote der Jugendarbeit .....	187
a) Für Mitglieder bestimmte Angebote .....	188
b) Offene Jugendarbeit .....	188
c) Gemeinwesenorientierte Jugendarbeit .....	188
d) Angebotsformen .....	189
III. Abs. 3 – Schwerpunkte der Jugendarbeit .....	190
1. Außerschulische Jugendbildung .....	191
2. Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit .....	193
3. Schulbezogene, arbeitsweltbezogene und familienbezogene Jugendarbeit .....	194
4. Internationale Jugendarbeit .....	195
5. Kinder- und Jugenderholung .....	196
6. Jugendberatung .....	196
IV. Abs. 4 – Einbeziehung über 27-Jähriger .....	197
<b>§ 12 Förderung der Jugendverbände</b> .....	198
A. Allgemeines .....	198
B. Die Vorschrift im Einzelnen .....	199
I. Abs. 1 – Die Tätigkeit von Jugendverbänden ist zu fördern .....	199
II. Abs. 2 – Begriffsbestimmung Jugendverbände und Jugendgruppen .....	201
1. Selbstorganisation – Gemeinschaftliche Gestaltung – Mitverantwortung .....	201
2. Auf Dauer angelegt .....	202
3. Mitglieder und weitere Kinder und Jugendliche .....	203
4. Interessen und Anliegen .....	204

<b>§ 13 Jugendsozialarbeit</b> .....	207
A. Allgemeines .....	207
B. Einzelheiten .....	208
I. Abgrenzungen und Überschneidungen .....	208
1. Abgrenzung zum SGB II .....	209
2. Abgrenzung zum SGB III .....	210
II. Rechtscharakter der Norm .....	210
III. Zielgruppe (Abs. 1, 2 und 3) .....	212
IV. Junge Geflüchtete .....	213
V. Integrationsbegriff (Abs. 1) .....	214
VI. Jugendsozialarbeit in der Praxis (Abs. 1, 2 und 3) .....	215
1. Schulische Sozialarbeit .....	216
2. Aufsuchende Jugendsozialarbeit .....	216
3. Arbeitsweltbezogene Jugendberufshilfe .....	216
4. Jugendmigrationsarbeit .....	217
5. Jugendwohnen .....	217
VII. Kooperation (Abs. 4) .....	218
VIII. Finanzierung .....	219
<b>§ 13a Schulsozialarbeit</b> .....	220
A. Allgemeines .....	220
I. Zur Schulsozialarbeit .....	220
II. Rechtscharakter der Norm .....	221
B. Einzelheiten .....	222
I. Angebote der Schulsozialarbeit .....	222
1. Angebote der Jugendarbeit .....	223
2. Angebote der Jugendsozialarbeit .....	223
3. Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes .....	224
II. Kooperation von Trägern der Schulsozialarbeit mit Schulen .....	226
III. Regelungen im Landesrecht, weitere Rechtsvorschriften .....	227
IV. Finanzierung .....	228
<b>§ 14 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz</b> .....	229
A. Allgemeines .....	229
B. Die Vorschrift im Einzelnen .....	230
I. Ziele bezogen auf Kinder und Jugendliche (Abs. 2) .....	230
II. Ziele bezogen auf Erziehungsberechtigte (Abs. 2) .....	231
III. Zielgruppen .....	232
IV. Angebote (Abs. 1) .....	233
C. Einordnung im Jugendschutzsystem .....	235
<b>§ 15 Landesrechtsvorbehalt</b> .....	238
<b>Zweiter Abschnitt Förderung der Erziehung in der Familie</b> .....	241
<b>§ 16 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie</b> .....	241
A. Allgemeines .....	242
B. Einzelheiten .....	242
I. Abs. 1 – Angebote zur Förderung der Erziehung .....	242
1. Abs. 1 Satz 1 – Gegenstand der Angebote .....	242
2. Abs. 1 Satz 2 und 3 – Ziele der Förderung .....	243

II.	Abs. 2 – Regelangebote .....	244
1.	Abs. 2 Nr. 1 – Familienbildung .....	244
2.	Abs. 2 Nr. 2 – Beratung in Fragen der Erziehung und Entwicklung .....	246
3.	Abs. 2 Nr. 3 – Angebote der Familienfreizeit und Familienerholung .....	246
III.	Abs. 3 – Beratung und Hilfe in Fragen der Partnerschaft .....	247
IV.	Abs. 4 – Landesrechtsvorbehalt .....	247
V.	Kostenbeteiligung .....	248
<b>§ 17</b>	<b>Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung .....</b>	<b>249</b>
A.	Allgemeines .....	250
B.	Einzelheiten .....	250
I.	Abs. 1 – Leistungsberechtigter Personenkreis und Leistungsanbieter .....	250
II.	Abgrenzung zu anderen Beratungsangeboten .....	251
III.	Abs. 1 Nr. 1 und 2 – Partnerschafts- und Partnerschaftskonfliktberatung .....	252
IV.	Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 – Trennungs- und Scheidungsberatung .....	252
1.	Unterstützung bei der Entwicklung eines einverständlichen Konzepts .....	252
2.	Gegenstand der Beratung .....	253
a)	unterschiedliche Möglichkeiten der Inhaberschaft der elterlichen Sorge bei Trennung und Scheidung .....	253
aa)	Beratung und Unterstützung von Eltern mit gemeinsamer elterlicher Sorge .....	253
bb)	Beratung der bislang alleinsorgeberechtigten unverheirateten Mutter und des Kindesvaters .....	255
b)	Wesentliche Modalitäten des familiengerichtlichen Verfahrens .....	255
c)	Umgangsfragen .....	256
d)	Unterhaltsfragen .....	256
e)	Scheidungs Voraussetzungen .....	257
f)	Sonstige Trennungs- und Scheidungsfolgen .....	257
V.	Mitteilungs-, Hinweis- und Informationspflichten des Jugendamtes und Gerichts .....	258
1.	Mitteilungspflicht des Gerichts und Informationspflicht des Jugendamtes (Abs. 3) .....	258
2.	Weitere Hinweispflichten des Gerichts .....	259
VI.	Beratung und Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren .....	259
VII.	Zuständigkeit und Kosten .....	260
<b>§ 18</b>	<b>Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts .....</b>	<b>261</b>
A.	Allgemeines .....	262
B.	Einzelheiten .....	262
I.	Hilfsangebote für Alleinerziehende bei der Ausübung der Personensorge und in Unterhaltsfragen (Abs. 1) .....	262
1.	Allgemeines .....	262
2.	Beratung und Unterstützung im Zusammenhang mit Unterhalts- und Unterhaltersatzansprüchen minderjähriger Kinder (Abs. 1 Nr. 1) .....	263
a)	Beratung .....	263
b)	Unterstützung .....	264
3.	Beratung und Unterstützung bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen nach § 1615I BGB (Abs. 1 Nr. 2) .....	265

II.	Hilfsangebote für unverheiratete Eltern zur elterlichen Sorge (Abs. 2) .....	266
1.	Beratung über die Abgabe einer Sorgeerklärung (Abs.2 Alt.1) .....	266
2.	Beratung über die Möglichkeit der gerichtlichen Übertragung der gemeinsamen elterlichen Sorge (Abs.2, Alt. 2) .....	267
III.	Hilfsangebote beim Umgangsrecht (Abs. 3) .....	267
1.	Allgemeines .....	267
2.	Hilfsangebote für das Kind (Satz 1, 2) .....	268
3.	Hilfsangebote für Eltern, andere Umgangsberechtigte und Personen, in deren Obhut sich das Kind befindet (Abs. 3 Satz 3) .....	269
4.	Das gerichtliche Verfahren zur Regelung des Umgangsrechts .....	270
5.	Vermittlung und Hilfestellung in geeigneten Fällen (Abs. 3 Satz 4) .....	273
a)	Hilfen bei der Auskunft über die persönlichen Verhältnisse des Kindes .....	274
b)	Hilfen bei der Herstellung von Umgangskontakten .....	275
c)	Hilfen bei der Ausführung gerichtlicher oder vereinbarter Umgangsregelungen .....	275
aa)	begleiteter Umgang .....	275
bb)	Umgangspflegschaft .....	278
IV.	Hilfsangebote in Unterhaltsfragen für Volljährige bis zum 21. Lebensjahr (Abs. 4) .....	279
V.	Zuständigkeit/Kosten/Aktenaufbewahrung .....	280
<b>§ 19 Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder .....</b>		<b>282</b>
A.	Allgemeines .....	282
B.	Einzelheiten .....	283
I.	Abs. 1 – Betreuung in geeigneter Wohnform .....	283
II.	Abs. 2 – Einbeziehung einer weiteren sorgenden Person .....	285
II.	Abs. 3 – Schulische oder berufliche Ausbildung .....	286
III.	Abs.4 – Annexleistungen .....	286
IV.	Kostentragung und -beteiligung .....	286
V.	Konkurrierende Ansprüche .....	286
<b>§ 20 Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen .....</b>		<b>287</b>
A.	Allgemeines .....	287
B.	Einzelheiten .....	288
I.	Abs. 1 – Anspruch auf Unterstützung bei Betreuung und Versorgung .....	288
1.	Voraussetzungen .....	288
a)	Abs. 1 Nr. 1 – Ausfall des überwiegend betreuenden Elternteils .....	289
b)	Abs. 1 Nr. 2 – Kindeswohl nicht anders gewährleistet .....	290
c)	Abs. 1 Nr. 3 – Erhalt des familiären Lebensraums .....	291
d)	Abs. 1 Nr. 4 – Angebote der Förderung in Tageseinrichtungen oder Kindertagespflege nicht ausreichend .....	291
2.	Rechtsfolge .....	291
II.	Abs. 2 – Einsatz Ehrenamtlicher .....	292
III.	Abs. 3 – Niedrigschwellige Inanspruchnahme und professionelle Begleitung .....	292
IV.	Kostenbeteiligung .....	294
V.	Verhältnis zu Leistungen anderer Träger .....	294
<b>§ 21 Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht .....</b>		<b>296</b>
A.	Allgemeines .....	296
B.	Leistungen und Leistungsanspruch .....	297
I.	Beratung und Unterstützung .....	297
II.	Unterbringung in geeigneter Wohnform .....	298

III. Kosten und Zuständigkeit .....	298
IV. Recht auf Bildung .....	298
<b>Dritter Abschnitt Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege .....</b>	<b>300</b>
<b>§ 22 Grundsätze der Förderung .....</b>	<b>300</b>
A. Allgemeines .....	301
I. Bedeutung der Norm .....	301
II. Rechtsänderungen .....	302
B. Einzelheiten .....	302
I. Abs. 1 – Förderung in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege .....	302
1. Abs. 1 Satz 1 – Legaldefinition der Tageseinrichtung .....	302
2. Abs. 1 Satz 2 – Legaldefinition der Kindertagespflege .....	304
3. Abs. 1 Satz 3 und 4 – Gemeinsam ausgeübte Kindertagespflege; Großtagespflege .....	306
4. Abs. 1 Satz 5 – Landesrechtliche Abgrenzungsbefugnis .....	307
II. Abs. 2 – Ziele der Förderung und Zusammenarbeit .....	308
1. Abs. 2 Satz 1 – Ziele der Förderung .....	308
a) Satz 1 Nr. 1 – Förderung der Entwicklung des Kindes zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit .....	308
b) Satz 1 Nr. 2 – Unterstützung und Ergänzung der Erziehung und Bildung in der Familie .....	309
c) Satz 1 Nr. 3 – Hilfe für die Eltern zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und familiärer Pflege .....	309
2. Abs. 2 Satz 2 und 3 – Beteiligung und Kooperationen .....	310
III. Abs. 3 – Konkretisierung und Ausgestaltung des Förderungsauftrages .....	310
1. Abs. 3 Satz 1 – Die Trias Erziehung, Bildung und Betreuung bezogen auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes (Absatz 3 Satz 1) .....	310
2. Abs. 3 Satz 2 – Vermittlung orientierender Werte und Regeln .....	312
3. Abs. 3 Satz 3 – Orientierung der Förderung .....	312
IV. Abs. 4 – Gewährleistung der Qualität der Förderung .....	312
<b>§ 22a Förderung in Tageseinrichtungen .....</b>	<b>314</b>
A. Allgemeines .....	314
B. Einzelheiten .....	315
I. Abs. 1 – Sicherstellung und Weiterentwicklung der Qualität durch die öffentliche Jugendhilfe .....	315
II. Abs. 2 – Kooperationsverpflichtung der Fachkräfte in den Einrichtungen .....	317
1. Abs. 2 Satz 1 – Zusammenarbeit mit Erziehungsberechtigten und Tagespflegepersonen .....	317
a) Satz 1 Nr. 1 – Mit Erziehungsberechtigten und Kindertagespflegepersonen ...	317
b) Satz 1 Nr. 2 – Mit kinder- und familienbezogenen Institutionen und Initiativen .....	318
c) Satz 1 Nr. 3 – Mit Schulen .....	318
2. Abs. 2 Satz 2 – Verpflichtung zur Beteiligung der Erziehungsberechtigten .....	320

III.	Abs. 3 – Verpflichtende Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder und deren Familien .....	320
1.	Abs. 3 Satz 1 – Orientierung des Angebots .....	320
2.	Abs. 3 Satz 2 – Sicherstellung der Betreuung in Schließungszeiten .....	321
IV.	Abs. 4 – Verpflichtung zur inklusiven Förderung .....	322
V.	Abs. 5 – Sicherstellung des Förderungsauftrags in Einrichtungen anderer Träger .....	322
<b>§ 23 Förderung in Kindertagespflege .....</b>		<b>324</b>
A.	Allgemeines .....	325
I.	Bedeutung der Norm .....	325
II.	Rechtsänderungen .....	326
III.	Bedeutung sowie Vor- und Nachteile der Kindertagespflege .....	326
1.	Das Modellprojekt „Tagesmütter“ .....	326
2.	Die Bedeutung von Kindertagespflege .....	327
3.	Kindertagespflege als qualifizierte Betreuungsform .....	328
IV.	Rechtliche Ausgestaltung der Kindertagespflege .....	329
B.	Einzelheiten .....	331
I.	Abs. 1 – Förderung in Kindertagespflege .....	331
1.	Förderung „nach Maßgabe von § 24“ SGB VIII .....	331
2.	Inhalt der Leistung .....	332
a)	Vermittlung zu einer geeigneten Kindertagespflegeperson .....	332
b)	Fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung der Tagespflegeperson .....	333
c)	Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Tagespflegeperson .....	334
d)	Mindestbetreuungsdauer .....	334
II.	Abs. 2 – Umfang der laufenden Geldleistung .....	335
1.	Abs. 2 Nr. 1 – Erstattung des Sachaufwands .....	336
2.	Abs. 2 Nr. 2 – Anerkennungsbetrag nach Maßgabe von Abs. 2a .....	337
3.	Abs. 2 Nr. 3 – Erstattung von Aufwendungen für Unfallversicherung und Alterssicherung .....	338
4.	Abs. 2 Nr. 4 – Erstattung von Aufwendungen für Kranken- und Pflegeversicherung .....	339
IIa.	Abs. 2a – Höhe der laufenden Geldleistung .....	339
1.	Abs. 2a Satz 1 – Die Höhe der laufenden Geldleistung. ....	340
2.	Abs. 2a Satz 2 und 3 – Leistungsgerechte Ausgestaltung des Anerkennungsbetrags .....	341
III.	Arbeitsrechtliche Einordnung, Einkommensteuer und Anrechnung auf staatliche Leistungen .....	342
1.	Kindertagespflege – selbstständige Tätigkeit oder Arbeitsverhältnis? .....	342
2.	Einkommensteuerrechtliche Behandlung .....	343
3.	Anrechnung der Einnahmen aus der Kindertagespflege auf staatliche Leistungen .....	344
a)	Elterngeld .....	344
b)	Arbeitslosengeld I .....	345
c)	Arbeitslosengeld II .....	345
IV.	Abs. 3 – Eignung der Kindertagespflegeperson .....	346
1.	Verhältnis der Vorschrift zu § 43 SGB VIII .....	346
2.	Abs. 3 Satz 1 – Persönlichkeit, Sachkompetenz und Kooperationsbereitschaft ...	346
3.	Abs. 3 Satz 1 – Kindgerechte Räumlichkeiten .....	347
4.	Abs. 3 Satz 2 – Vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen in der Kindertagespflege .....	348

V.	Abs. 4 – Beratungsanspruch; Sicherstellung der Betreuung; Zusammenschlüsse von Kindertagespflegepersonen .....	349
1.	Abs. 4 Satz 1 – Beratungsanspruch von Erziehungsberechtigten und Kindertagespflegepersonen .....	349
2.	Abs. 4 Satz 2 – Sicherstellung anderer Betreuungsmöglichkeiten bei Ausfallzeiten .....	350
3.	Abs. 4 Satz 3 – Beratung, Unterstützung und Förderung von Zusammenschlüssen von Kindertagespflegepersonen .....	350
VI.	Einbeziehung der Kindertagespflegeperson in den Kinderschutz .....	351
<b>§ 24 Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege</b> .....		<b>354</b>
A.	Allgemeines .....	355
I.	Bedeutung der Norm .....	355
II.	Gesetzesänderungen seit Inkrafttreten des SGB VIII .....	356
III.	Rechtsanspruch und Differenzierung nach Altersgruppen .....	357
B.	Einzelheiten .....	358
I.	Abs. 1 – Förderung von Kindern unter einem Jahr .....	358
1.	Rechtsnatur der Norm .....	358
2.	Förderung in einer Einrichtung oder in Kindertagespflege (Absatz 1 Satz 1) .....	359
3.	Abs. 1 – Voraussetzungen der Leistungspflicht .....	360
a)	Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 – Gebotensein der Leistung für die kindliche Entwicklung .....	360
b)	Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Satz 2 – Elternbezogene Kriterien für die Leistungspflicht .....	361
4.	Abs. 1 Satz 3 – Förderumfang nach individuellem Bedarf .....	362
II.	Abs. 2 – Rechtsanspruch für Kinder ab dem vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr („Rechtsanspruch U3“) .....	363
1.	Abs. 2 Satz 1 – Inhalt des Rechtsanspruchs U3 .....	363
a)	Rechtsanspruch .....	363
b)	Anspruchsinhalt .....	364
2.	Abs. 2 Satz 2 – Umfang des Anspruchs .....	365
a)	Zeitlicher Umfang .....	365
b)	Anforderungen an die Erreichbarkeit der Betreuungsstelle .....	367
c)	Qualitative Anforderungen .....	370
3.	Anspruchsberechtigte und Leistungsverpflichtete .....	370
4.	Wunsch- und Wahlrecht .....	371
5.	Durchsetzung des Rechtsanspruchs .....	373
6.	Rechtsfolgen bei Nichterfüllung des Rechtsanspruchs .....	374
a)	Anspruch auf Aufwendungsersatz gem. § 36a SGB VIII .....	374
b)	Anspruch aus Geschäftsführung ohne Auftrag gem. §§ 683, 670 BGB .....	375
c)	Schadenersatzanspruch aus Amtshaftung gem. § 839 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 34 GG .....	375
III.	Abs. 3 – Rechtsanspruch auf den Besuch einer Kindertageseinrichtung für Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt („Rechtsanspruch Ü3“) .....	376
1.	Abs. 3 Satz 1 – Inhalt und Umfang des Rechtsanspruchs Ü3 .....	376
a)	Rechtsanspruch .....	377
b)	Inhalt des Rechtsanspruchs: Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung .....	377
c)	Zeitlicher Umfang der Förderung .....	378
d)	Entfernung vom Wohnort .....	380
e)	Wunsch- und Wahlrecht .....	380

2.	Abs. 3 Satz 2 – Hinwirken auf ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen .....	380
3.	Abs. 3 Satz 3 – Förderung in Kindertagespflege bei besonderem Bedarf .....	380
IV.	Abs. 4 – Vorhaltepflcht eines bedarfsgerechten Angebots für Kinder im schulpflichtigen Alter .....	381
1.	Objektiv-rechtliche Verpflichtung .....	381
2.	Vorhaltung des bedarfsgerechten Angebots .....	382
V.	Abs. 5 – Informations- und Beratungspflichten des Jugendamtes; landesrechtliche Anmeldepflichten .....	382
1.	Abs. 5 Satz 1 – Pflicht zur Information und Beratung der Erziehungsberechtigten .....	382
2.	Abs. 5 Satz 2 – Landesrechtliche Verpflichtung zur rechtzeitigen Anmeldung des Bedarfs Inanspruchnahme der Leistungen .....	383
VI.	Abs. 6 – Weitergehendes Landesrecht .....	383
VII.	Änderungen durch das Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) .....	384
1.	Neufassung von § 24 Abs. 4 SGB VIII auf der ersten Stufe .....	384
a)	Anspruchsberechtigte .....	384
b)	Anspruchsumfang .....	384
2.	Neufassung von § 24 Abs. 5 SGB VIII auf der ersten Stufe .....	385
3.	Neufassung von § 24 Abs. 4 Satz 1, Abs. 5 Satz 1 SGB VIII auf der zweiten Stufe .....	386
4.	Berichtspflicht der Bundesregierung .....	386
<b>§ 24a</b>	<b>Bericht zum Ausbaustand der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschul Kinder .....</b>	<b>387</b>
<b>§ 25</b>	<b>Unterstützung selbstorganisierter Förderung von Kindern .....</b>	<b>388</b>
A.	Allgemeines .....	388
I.	Bedeutung der Norm .....	388
II.	Historisches .....	389
B.	Einzelheiten .....	390
I.	Stärkung der Selbsthilfe .....	390
II.	Objektiv-rechtliche Soll-Verpflichtung ohne individuellen Rechtsanspruch .....	390
III.	Der Kreis der Begünstigten und deren Eigen- bzw. Mitverantwortung .....	390
IV.	Weitere Voraussetzungen .....	391
V.	Erlaubnispflicht nach §§ 43 ff. SGB VIII – Elterninitiative als freier Träger der Jugendhilfe? .....	391
VI.	Inhalt und Umfang der „Beratung“ und „Unterstützung“ – Finanzielle Förderung ....	392
VII.	Fachstandards .....	393
VIII.	Nachteile und Konkurrenz zur freien Jugendhilfe .....	393
<b>§ 26</b>	<b>Landesrechtsvorbehalt .....</b>	<b>395</b>
A.	Allgemeines .....	395
B.	Einzelheiten .....	396
I.	Bedeutung des Landesrechts in Bezug auf die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Satz 1) .....	396
II.	Kindergartenwesen und Bildungsbereich (Satz 2) .....	397

<b>Vierter Abschnitt Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige</b> .....	399
<b>Erster Unterabschnitt Hilfe zur Erziehung</b> .....	399
<b>§ 27 Hilfe zur Erziehung</b> .....	399
A. Bedeutung der Rechtsnorm .....	400
B. Voraussetzungen für Hilfe zur Erziehung .....	403
I. Abs. 1 – Anspruch auf Hilfe zur Erziehung .....	403
1. Personensorgeberechtigte als Anspruchsinhaber .....	404
2. Anspruchsvoraussetzungen .....	405
a.) Nichtgewährleistung einer dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechenden Erziehung .....	405
b.) Notwendigkeit der Hilfe .....	405
c.) Geeignetheit der Hilfe .....	406
3. Auswahl der Hilfe .....	407
II. Abs. 2 – Art und Umfang der Hilfe .....	407
III. Abs. 2a – Übernahme der Hilfe durch eine andere unterhaltspflichtige Person .....	409
IV. Abs. 3 – Pädagogische und therapeutische Leistungen, Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen .....	410
V. Abs. 4 – Hilfen für minderjährige Mutter und Kind .....	412
VI. Exkurs: Finanzierung .....	412
<b>§ 28 Erziehungsberatung</b> .....	414
A. Einordnung der Erziehungsberatung .....	414
B. Einzelheiten .....	415
I. Beratung .....	415
II. Auftrag .....	416
III. Anforderungen an Beratungsstellen .....	417
IV. Selbstbeschaffung .....	418
V. Online-Beratung .....	418
VI. Kosten .....	418
<b>§ 29 Soziale Gruppenarbeit</b> .....	419
A. Zielsetzung .....	419
B. Inhaltliche und methodische Anforderungen .....	420
I. Soziale Gruppenarbeit .....	420
II. Zielgruppe .....	420
III. Betreuungsschlüssel und Qualifikation der Fachkräfte .....	421
IV. Ansätze Sozialer Gruppenarbeit .....	422
V. Aktuelle Herausforderungen .....	423
VI. Soziale Gruppenarbeit als jugendgerichtliche Weisung .....	424
VII. Anspruch .....	424
VIII. Kosten .....	424
<b>§ 30 Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer</b> .....	425
A. Allgemeines .....	425
B. Einzelheiten .....	426
I. Zielsetzung .....	426
II. Zielgruppe und Dauer .....	426

III. Arbeitsweise .....	427
IV. Erziehungsbeistandschaft nach JGG .....	428
V. Kosten .....	428
<b>§ 31 Sozialpädagogische Familienhilfe .....</b>	<b>429</b>
A. Allgemein .....	429
B. Einzelheiten .....	430
I. Praxis der sozialpädagogischen Familienhilfe .....	430
II. Voraussetzungen .....	431
III. Ziele .....	431
IV. Vorgehensweise .....	431
V. Trägerschaft .....	432
VI. Kosten und Zuständigkeit .....	433
VII. Entwicklungen .....	433
<b>§ 32 Erziehung in einer Tagesgruppe .....</b>	<b>435</b>
A. Allgemeines .....	435
B. Ziele .....	436
C. Leistungsangebot .....	437
D. Kosten und Zuständigkeit .....	437
E. Entwicklungen .....	437
<b>§ 33 Vollzeitpflege .....</b>	<b>439</b>
A. Allgemeines .....	439
B. Einzelheiten .....	439
<b>§ 34 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform .....</b>	<b>443</b>
A. Allgemeines .....	443
B. Ziele der Hilfe .....	444
C. Geschlossene Unterbringung .....	445
<b>§ 35 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung .....</b>	<b>448</b>
A. Allgemeines .....	448
B. Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung konkret .....	448
I. Zielgruppe .....	448
II. Ziele .....	450
III. Art und Umfang der Hilfe .....	450
IV. Praxis und Methodik .....	452
C. Kosten, Zuständigkeit .....	455
<b>Zweiter Unterabschnitt Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche .....</b>	<b>456</b>
<b>§ 35a Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung oder drohender seelischer Behinderung .....</b>	<b>456</b>
A. Allgemeines .....	458
B. Einzelheiten .....	458
I. Bedeutung .....	458
II. Historie .....	459

III.	Leistungsberechtigte .....	462
1.	Adressaten der Leistung .....	462
2.	Antragsberechtigte .....	462
3.	Besondere Gruppen von Anspruchsberechtigten .....	463
IV.	Anspruchsverpflichteter .....	463
V.	Anspruchsvoraussetzungen .....	463
1.	Antragstellung .....	463
2.	Bedingungen .....	464
3.	Seelische Störung .....	464
4.	Stellungnahme .....	465
5.	Katalog seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen .....	466
a)	Organische, einschließlich symptomatischer psychischer Störungen (F00-09), darunter .....	467
b)	Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen (Suchtkrankheiten) (F 10-19) .....	467
c)	Schizophrenie, schizotype und wahnhaftige Störungen (F20-29), darunter .....	467
d)	Affektive Störungen (F30-39), darunter .....	467
e)	Neurotische, Belastungs- und somatoforme Störungen (F40-48), darunter ...	468
f)	Verhaltensauffälligkeiten mit körperlichen Störungen und Faktoren (F50-59), darunter .....	468
g)	Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen (F60-69), darunter .....	468
h)	Entwicklungsstörungen (F80-89) darunter .....	469
i)	Verhaltens- und emotionale Störungen mit Beginn in der Kindheit und Jugend (F90-98), darunter .....	471
6.	Seelische Behinderung .....	472
7.	Teilhabebeeinträchtigung .....	474
8.	Mehrfachbehinderungen .....	478
VI.	Ziele der Eingliederungshilfe .....	478
VII.	Leistungskatalog .....	478
1.	Leistungen gem. § 5 SGB IX .....	479
a)	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (§§ 109, 110 i.V.m. § 42 SGB IX) .....	479
b)	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben gem. § 111 SGB IX .....	479
c)	Leistungen zur Teilhabe an Bildung (§ 112 Abs. 1 SGB IX) .....	480
d)	Leistungen zur Sozialen Teilhabe (§§ 113 – 116 SGB IX) .....	480
2.	Wahl der Hilfeform nach Bedarf im Einzelfall .....	481
a)	Keine Differenzierung der sachlichen Zuständigkeit nach Hilfeformen .....	481
b)	Gewährung der Hilfen in unterschiedlichen Formen (Abs. 2) .....	481
c)	Eingliederungshilfe in ambulanter Form (Nr. 1) .....	481
d)	Eingliederungshilfe in Tageseinrichtungen für Kinder oder anderen Teilstationären Einrichtungen (Nr. 2) .....	481
e)	Eingliederungshilfe bei geeigneten Pflegepersonen (Nr. 3) .....	481
f)	Eingliederungshilfe in Einrichtungen über Tag und Nacht und in sonstigen Wohnformen (Nr. 4) .....	482
3.	Hilfeübergreifende Dienste und Einrichtungen (Abs. 4) .....	482
4.	Weitere (gesetzlich nicht benannte) Maßnahmen .....	482
5.	Verfahrensrechtliche Bestimmungen .....	483
VIII.	Ergänzende Vorschriften .....	484
1.	Ausübung der elterlichen Sorgen (§ 1688 BGB) .....	484
2.	Ergänzende Leistungen .....	484
a)	Leistungen zum Unterhalt .....	484

b) Krankenhilfe .....	484
c) Heranziehung zu den Kosten .....	484
d) Ergänzende unabhängige Beratung .....	484
IX. Seelische Behinderung im Spiegel sozialarbeitswissenschaftlicher Theorien .....	485

**Dritter Unterabschnitt Gemeinsame Vorschriften für die Hilfe zur Erziehung und die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche .....** 487

**§ 36 Mitwirkung, Hilfeplan .....** 487

A. Bedeutung der Rechtsnorm .....	488
I. Rechtliche Einordnung .....	488
II. Sozialpädagogische Bedeutung .....	489
B. Hilfeplan als zentrales Element der Hilfestuerung .....	489
C. Mitwirkung als Beteiligungsprozess .....	490
I. Beratungspflicht .....	490
II. Beteiligung .....	491
1. Spannungsfeld von Selbstbestimmung und Kinder- und Jugendschutz .....	492
2. Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII .....	493
3. Auslandsmaßnahmen .....	493
III. Wunsch und Wahlrecht .....	493
IV. Familienrat (Synonym: family group conference, Verwandtschaftsrat) .....	494
V. Hilfeplanverfahren .....	495

**§ 36a Steuerungsverantwortung, Selbstbeschaffung .....** 496

A. Allgemeines .....	497
I. Entstehungsgeschichte und Änderung der Vorschrift .....	497
II. Anwendungsbereich .....	498
III. Verfassungsrechtliche Fragen .....	499
B. Einzelheiten .....	500
I. Abs. 1 – „Steuerungsverantwortung“ – Voraussetzungen der Kostenübernahme durch den öffentlichen Träger .....	500
1. Satz 1 Hs. 1 .....	500
a) Entscheidung des Jugendamts .....	500
b) Nach Maßgabe des Hilfeplans .....	500
c) Unter Beachtung des Wunsch- und Wahlrechts der Leistungsberechtigten ...	500
2. Satz 1 Hs. 2 1. Alt. – Familiengerichtliche Anordnungen .....	501
3. Satz 1 Hs. 2 2. Alt. – Jugendrichterliche Anordnungen .....	502
a) Verpflichtung zur Inanspruchnahme von Hilfe zur Erziehung (§ 12 JGG) .....	502
b) Weisungen .....	503
c) Anordnungen nach § 3 Satz 2 JGG .....	503
4. Satz 2 – Heranziehung zu den Kosten .....	504
II. Abs. 2 – Zulässige Selbstbeschaffung .....	504
III. Abs. 3 – Aufwendungsersatzanspruch bei Selbstbeschaffung .....	507
1. Satz 1 – Voraussetzungen des Aufwendungsersatzanspruchs .....	507
a) Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 – In-Kennntnis-Setzen des öffentlichen Trägers .....	507
b) Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 – Vorliegen der Voraussetzungen der Hilfestuerung ..	509
c) Absatz 3 Satz 1 Nr. 3 – Unaufschiebbarkeit der Bedarfsdeckung .....	509
aa) Buchst. a – Bis zu einer Entscheidung des öffentlichen Trägers .....	510
bb) Buchst. b – Bis zu einer Entscheidung über ein Rechtsmittel .....	511

2. Satz 2 – Ausnahme von Satz 1 Nr. 1 .....	512
3. Anspruchsberechtigte und Anspruchsinhalt .....	513
a) Anspruchsberechtigte .....	513
b) Anspruchsinhalt .....	513
<b>§ 36b Zusammenarbeit beim Zuständigkeitsübergang .....</b>	<b>514</b>
A. Allgemeines .....	514
B. Einzelheiten .....	515
I. Abs. 1 – Zusammenarbeit bei Zuständigkeitsübergang im Allgemeinen .....	515
II. Abs. 2 – Besonderheiten beim Zuständigkeitsübergang auf einen Träger der Eingliederungshilfe .....	516
<b>§ 37 Beratung und Unterstützung der Eltern, Zusammenarbeit bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie .....</b>	<b>518</b>
A. Allgemeines .....	518
B. Einzelheiten .....	519
I. Abs. 1 – Beratung und Unterstützung der Eltern .....	519
II. Abs. 2 – Verpflichtung zur Förderung der Zusammenarbeit .....	521
III. Abs. 3 – Vermittlungsaufgabe des Jugendamtes .....	522
<b>§ 37a Beratung und Unterstützung der Pflegeperson .....</b>	<b>524</b>
A. Allgemeines .....	524
B. Einzelheiten .....	524
I. Satz 1 und 2 – Beratungs- und Unterstützungsanspruch .....	524
II. Satz 3 und 4 – Zuständigkeiten .....	525
III. Satz 5 – Zusammenschlüsse von Pflegepersonen .....	525
<b>§ 37b Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege .....</b>	<b>527</b>
A. Allgemeines .....	527
B. Einzelheiten .....	527
I. Abs. 1 – Anwendung eines Konzepts zur Sicherung der Rechte des Kindes oder Jugendlichen und zum Schutz vor Gewalt .....	527
II. Abs. 2 – Möglichkeit zur Beschwerde .....	528
III. Abs. 3 – Überprüfungs- und Unterrichtspflicht .....	528
1. Abs. 3 Satz 1 – Überprüfungspflicht des Jugendamtes .....	528
2. Abs. 3 Satz 2 – Unterrichtspflicht der Pflegeperson .....	530
<b>§ 37c Ergänzende Bestimmungen zur Hilfeplanung bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie ..</b>	<b>531</b>
A. Allgemeines .....	532
B. Einzelheiten .....	532
I. Abs. 1 – Perspektivklärung .....	532
II. Abs. 2 – Maßgebliche Kriterien der Perspektivklärung .....	532
1. Abs. 2 Satz 1 und 2 – Perspektivklärung .....	532
2. Abs. 2 Satz 3 – Prüfung einer Adoption .....	533
III. Abs. 3 – Beteiligung der Betroffenen; Wunsch- und Wahlrecht .....	533
IV. Abs. 4 – Inhalte und Verbindlichkeit des Hilfeplans .....	534

<b>§ 38 Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen</b> .....	536
A. Allgemeines .....	537
B. Einzelheiten .....	538
I. Abs. 1 – Materielle Voraussetzungen von Auslandsmaßnahmen .....	538
1. Abs. 1 Satz 1 – Regelfall: Leistungserbringung im Inland .....	538
2. Abs. 1 Satz 2 – Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen .....	538
a) Jugendhilferechtliche Voraussetzungen .....	538
b) Erfüllung aufenthaltsrechtlicher Vorschriften .....	539
aa) Durch die Leistungsempfänger_innen .....	539
bb) Durch die Leistungserbringer .....	540
c) Weitere zwingende Voraussetzungen .....	540
II. Abs. 2 – Schutz des Kindeswohls bei Auslandsmaßnahmen .....	542
1. Abs. 2 Nr. 1 – Einholung einer ärztlichen Stellungnahme .....	542
2. Abs. 2 Nr. 2 – Sicherstellungsaufträge .....	542
3. Abs. 2 Nr. 3 – Prospektive Eignungsprüfung vor Ort .....	544
III. Abs. 3 – Überprüfung des Hilfeplans; Überprüfung der Anforderungen nach Abs.2 ..	544
IV. Abs. 4 – Beendigung der Auslandsmaßnahme .....	545
V. Abs. 5 – Melde- und Übermittlungspflichten des öffentlichen Trägers .....	545
<b>§ 39 Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder des Jugendlichen</b> .....	547
A. Regelungsinhalt .....	548
I. Abs. 1 – Anwendungsbereich .....	548
II. Leistungsgegenstand .....	549
III. Leistungsberechtigte und Leistungsbegünstigte .....	550
IV. Leistungsabwicklung .....	550
B. Leistungsinhalte der jugendhilferechtlichen Unterhaltssicherungspflicht .....	551
I. Abs. 2 – Laufende und einmalige Leistungen .....	551
II. Abs. 2 Satz 2 – Barbetrag .....	551
III. Abs. 3 – Einmalige Beihilfen und Zuschüsse .....	552
C. Abs. 4 – Bemessung des Unterhalts .....	553
I. Abs. 4 Satz 1 – Grundsätze .....	553
II. Abs. 4 Satz 2 – Unfallversicherung und Alterssicherung der Pflegeperson .....	553
III. Abs. 4 Satz 3 – Pauschalbeträge .....	554
IV. Abs. 5 – Festsetzung der Pauschalbeträge .....	555
D. Abs. 6 – Anrechnung anderer Leistungen auf das Pflegegeld .....	555
I. Kindergeld .....	555
II. Sonstige Sozialleistungen .....	556
E. Abs. 7 – Unterhalt für das „Kindeskind“ .....	556
<b>§ 40 Krankenhilfe</b> .....	557
A. Satz 1 – Anspruchsgrundlagen .....	557
I. Anwendungsbereiche .....	557
1. Originärer Anwendungsbereich .....	557
2. Verweisungsnormen .....	557
II. Anspruchsinhaber .....	558
1. Leistungsberechtigte und Leistungsbegünstigte .....	558
2. Krankenhilfe für das „Kindeskind“ .....	559

B. Leistungsgegenstand .....	559
I. Hilfe-Umfang nach Sozialhilferecht .....	559
II. Schwangerschaftsabbruch und Psychotherapie .....	560
1. Schwangerschaftsabbruch .....	560
2. Psychotherapie .....	560
C. Sätze 2 und 3 – Bedarfsdeckung .....	561
I. Individuelle Bedarfsdeckung (Satz 2) .....	561
II. Befriedigung der gesetzlich bestimmten Bedarfsarten .....	561
III. Besondere Bedarfe .....	561
IV. Keine finanziellen Eigenleistungen in der Krankenhilfe .....	562
D. Anspruchsausschlüsse durch Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung .....	562
I. Leistungspflichtigen Dritter .....	562
II. Familienversicherung .....	563
E. Satz 4 – „Verschiebung“ der Leistungszuständigkeit in eine Krankenversicherung .....	564
<b>Vierter Unterabschnitt Hilfe für junge Volljährige .....</b>	<b>565</b>
<b>§ 41 Hilfe für junge Volljährige .....</b>	<b>565</b>
A. Allgemeines .....	565
B. Einzelheiten .....	566
C. Careleaver .....	567
<b>§ 41a Nachbetreuung .....</b>	<b>571</b>
A. Allgemeines .....	571
B. Einzelheiten .....	572
<b>Drittes Kapitel Andere Aufgaben der Jugendhilfe .....</b>	<b>573</b>
<b>Erster Abschnitt Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen .....</b>	<b>573</b>
<b>§ 42 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen .....</b>	<b>573</b>
A. Allgemeines .....	575
I. Tatsächliche Relevanz der Inobhutnahme .....	575
II. Rechtliche Qualität der Inobhutnahme .....	576
III. Entstehungsgeschichte und Rechtsänderungen .....	576
B. Einzelheiten .....	577
I. Abs. 1 – Inobhutnahme .....	577
1. Satz 1 – Voraussetzungen .....	577
a) Satz 1 Nr. 1 – Inobhutnahme bei Selbstmeldung .....	577
b) Satz 1 Nr. 2 – Inobhutnahme wegen Kindeswohlgefährdung .....	578
aa) Dringende Gefahr für das Kindeswohl .....	579
bb) Kein Widersprechen der Personensorgeberechtigten .....	580
cc) Rechtzeitige Einholung einer familiengerichtlichen Entscheidung nicht möglich .....	581
dd) Verhältnismäßigkeit der Inobhutnahme .....	584
c) Satz 1 Nr. 3 – Inobhutnahme ausländischer unbegleiteter Minderjähriger .....	585
2. Satz 1 – Rechtsfolgen .....	585
3. Satz 2 – Befugnisse des Jugendamts während der Inobhutnahme .....	586
4. Beteiligung freier Träger .....	587

II.	Abs. 2 – Verpflichtungen und Befugnisse des Jugendamts während der Inobhutnahme .....	587
	1. Satz 1 – Klärung der Situation und der Hilfeangebote .....	587
	2. Satz 2 – Benachrichtigung einer Vertrauensperson .....	588
	3. Satz 3 – Sicherstellung des Lebensunterhalts .....	588
	4. Satz 4 – Vertretung des Kindes oder Jugendlichen .....	588
	a) „Notvertretung“ .....	588
	b) Mutmaßlicher Wille der Personensorge- oder der Erziehungsberechtigten ....	589
	5. Satz 5 – Stellung eines Asylantrags .....	589
	a) Allgemeines .....	589
	b) Verpflichtung zur Asylantragstellung? .....	590
	c) Prüfpflichten des Jugendamtes .....	592
	d) Kein Antragsautomatismus .....	592
	e) Beteiligung des betroffenen jungen Menschen .....	593
	f) Asylverfahrens- und aufenthaltsrechtliche Fragen .....	594
	g) Aufgaben des Jugendamtes im Fall der Asylantragstellung .....	594
III.	Abs. 3 – Weitere Rechtsfolgen der Inobhutnahme .....	595
	1. Satz 1 – Unterrichtung der Personensorge- oder Erziehungsberechtigten und Risikoeinschätzung .....	596
	2. Satz 2 – Widersprechen der Personensorge- oder Erziehungsberechtigten .....	596
	a) Satz 2 Nr. 1 – Übergabe an die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten .....	597
	b) Satz 2 Nr. 2 – Herbeiführung einer Entscheidung des Familiengerichts .....	598
	3. Satz 3 – Nichterreichbarkeit der Personensorge- oder Erziehungsberechtigten ....	599
	4. Satz 4 – Bestellung eines Vormunds oder Pflegers .....	599
	5. Satz 5 – Verfahren bei Nichtwidersprechen der Personensorgeberechtigten .....	601
IV.	Abs. 4 – Beendigung der Inobhutnahme .....	601
V.	Abs. 5 – Freiheitsentziehende Maßnahmen .....	601
	1. Satz 1 – Zulässigkeit freiheitsentziehender Maßnahmen .....	601
	2. Satz 2 – Freiheitsentziehung und gerichtliche Entscheidung .....	602
	a) Notwendigkeit gerichtlicher Entscheidung .....	602
	b) Inhalt der gerichtlichen Entscheidung und Verfahren .....	603
	c) Freiheitsentziehung ohne gerichtliche Entscheidung? .....	603
VI.	Abs. 6 – Anwendung unmittelbaren Zwangs .....	604
VII.	Verfahren und Rechtsschutz .....	605
	1. Verfahren .....	605
	a) Inobhutnahme als Verwaltungsakt .....	605
	b) Sachliche und örtliche Zuständigkeit .....	608
	2. Rechtsschutz .....	608
	a) Gegen die Inobhutnahme .....	608
	b) Gegen eine angekündigte Inobhutnahme .....	612
	c) Gegen die Ablehnung der Inobhutnahme .....	613
	aa) wegen Volljährigkeit .....	613
	bb) aus anderen Gründen .....	613
VIII.	Kosten .....	614

<b>§ 42a Vorläufige Inobhutnahme von ausländischen Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise</b> .....	615
A. Allgemeines .....	617
B. Einzelheiten .....	618
I. Absatz 1 – Befugnis und Verpflichtung zur vorläufigen Inobhutnahme .....	618
1. Voraussetzungen der vorläufigen Inobhutnahme .....	618
a) Kind oder Jugendliche/r .....	618
b) Ausländereigenschaft .....	623
c) Einreise .....	624
d) Unbegleitete Einreise (Abs. 1 Satz 2) .....	624
2. Rechtsfolgen .....	627
a) Berechtigung und Verpflichtung zur vorläufigen Inobhutnahme .....	627
b) Anwendbare Vorschriften über die Inobhutnahme .....	627
c) Befugnis zur Wegnahme? .....	629
3. Sonderfragen .....	630
a) Beteiligung freier Träger .....	630
b) Vorläufige Inobhutnahme durch Private oder andere Behörden? .....	630
II. Absatz 2 – Einschätzung der Situation der Betroffenen und Entscheidung des Jugendamtes .....	630
1. Abs. 2 Satz 1 – Gegenstände der Einschätzung durch das Jugendamt .....	631
a) Nr. 1 – Gefährdung des Kindeswohls durch das Verteilungsverfahren? .....	631
b) Nr. 2 – Möglichkeit der Zusammenführung mit verwandten Personen .....	633
c) Nr. 3 – Gemeinsame Inobhutnahme mit Geschwistern oder anderen unbegleiteten Minderjährigen .....	634
d) Nr. 4 – Gesundheitszustand des Kindes oder Jugendlichen als Verteilungshindernis? .....	634
2. Abs. 2 Satz 2 – Entscheidung des Jugendamtes .....	635
IIa. Ausschluss der Durchführung des Verteilungsverfahrens – § 42b Abs. 4, Abs. 5 Satz 1 SGB VIII) .....	637
1. Abs. 4 Nr. 1 – Ausschluss wegen Gefährdung des Kindeswohls – § 42b Abs. 4 Nr. 1 SGB VIII .....	637
2. Abs. 4 Nr. 2 – Ausschluss wegen Erkrankung des Minderjährigen .....	637
3. Kurzfristig mögliche Zusammenführung mit einer verwandten Person§ – 42b Abs. 4 Nr. 3 SGB VIII – .....	638
a) Verwandte Person .....	638
b) Zusammenführung .....	638
c) Kurzfristige Zusammenführung .....	638
d) Kindeswohl .....	639
4. Überschreitung der Monatsfrist – Abs. 4 Nr. 4 SGB VIII .....	639
5. Weitere Vorgaben für die Verteilung – § 42b Abs. 5 SGB VIII .....	641
III. Absatz 3 – Vertretung des Kindes oder Jugendlichen .....	642
IIIa. Absatz 3a – Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen nach § 49 Abs. 8 und 9 AufenthG .....	645
1. Zweck der Regelung .....	645
2. „Zweifel an der Identität“ .....	645
3. Aufgaben des Jugendamtes .....	646
4. Erkennungsdienstliche Maßnahmen .....	647
5. Zuständigkeit für erkennungsdienstlichen Maßnahmen .....	648
IV. Absatz 4 – Mitteilungen an Landesstelle und Bundesverwaltungsamt .....	650
1. Mitteilung des Jugendamtes an die zuständige Landesstelle .....	650
2. Mitteilungen der Landesstelle an das Bundesverwaltungsamt .....	650

V.	Absatz 5 – Weitere Pflichten des Jugendamtes im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme .....	652
	1. Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 – Begleitung und Übergabe .....	652
	2. Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 – Übermittlung personenbezogener Daten .....	653
	3. Abs. 5 Satz 2 und 3 – Hinwirken auf Zusammenführung mit Verwandten .....	654
VI.	Absatz 6 – Beendigung der vorläufigen Inobhutnahme .....	654
	1. Übergabe an die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten (Abs. 6 Alt. 1) .....	654
	2. Übergabe an das Zuweisungsjugendamt (Abs. 6 Alt. 2) .....	655
	3. Anzeige über den Ausschluss des Verteilungsverfahrens (Abs. 6 Alt. 3) .....	655
C.	Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz .....	655
I.	Vorläufige Inobhutnahme .....	655
	1. Verfahren .....	655
	a) Vorläufige Inobhutnahme als Verwaltungsakt .....	655
	b) Sachliche Zuständigkeit .....	658
	c) Örtliche Zuständigkeit .....	658
	2. Rechtsschutz .....	659
	a) Gegen die vorläufige Inobhutnahme .....	659
	b) Gegen die Ablehnung der vorläufigen Inobhutnahme .....	659
	aa) aufgrund der Altersfeststellung .....	659
	bb) aus anderen Gründen .....	659
II.	Entscheidung des Jugendamtes nach § 42a Abs. 2 Satz 2 SGB VIII .....	660
	1. Verfahren .....	660
	a) Anmeldung des Kindes oder des Jugendlichen zur Verteilung .....	660
	b) Ausschluss der Verteilung .....	661
	2. Rechtsschutz .....	662
	a) Gegen die Anmeldung zur Verteilung .....	662
	b) Gegen den Ausschluss der Verteilung .....	662
III.	Mitteilungen der Landesstelle gem. § 42a Abs. 4 Satz 3 SGB VIII .....	662
IV.	Rechtsschutz und Fristen im Verteilungsverfahren .....	662
	<b>§ 42b Verfahren zur Verteilung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher .....</b>	<b>664</b>
A.	Allgemeines .....	665
B.	Einzelheiten .....	666
	I. Abs. 1 – Aufgaben des Bundesverwaltungsamtes .....	666
	II. Abs. 2 – Auswahl des Bundeslandes .....	666
	III. Abs. 3 – Zuweisung innerhalb des aufnehmenden Bundeslandes .....	667
	1. Zuweisung durch die zuständige Landesstelle .....	667
	2. Zuweisungskriterien .....	667
	IV. Abs. 4 – Ausschlussgründe .....	669
	1. Abs. 4 Nr. 1 – Ausschluss wegen Gefährdung des Kindeswohls .....	669
	2. Abs. 4 Nr. 2 – Ausschluss wegen Erkrankung des Minderjährigen .....	669
	3. Abs. 4 Nr. 3 – Kurzfristige mögliche Zusammenführung mit einer verwandten Person .....	670
	4. Abs. 4 Nr. 4 – Überschreitung der Monatsfrist .....	671
V.	Abs. 5 – Weitere Vorgaben für die Verteilung .....	671
VI.	Abs. 6 – Mitteilungspflichten .....	671

VII. Abs. 7 – Verfahren und Rechtsschutz .....	673
1. „Entscheidungen nach dieser Vorschrift“ .....	673
2. Benennung des aufnahmeverpflichteten Landes durch das Bundesverwaltungsamt nach § 42b Abs. 1 Satz 1 SGB VIII .....	674
a) Benennung des aufnahmeverpflichteten Landes durch das Bundesverwaltungsamt .....	674
b) Klage gegen die Benennung des zur Aufnahme verpflichteten Landes .....	675
aa) Des Kindes oder des Jugendlichen .....	675
bb) Des benannten Landes .....	675
c) Zuweisungsentscheidung der Landesstelle nach Abs. 3 Satz 1 .....	675
d) Klage gegen die Zuweisungsentscheidung nach Abs. 3 Satz 1 .....	676
aa) Des Kindes oder des Jugendlichen .....	676
bb) Des örtlichen Trägers .....	679
VIII. Abs. 8 – Landesrecht .....	679
<b>§ 42c Aufnahmequote .....</b>	<b>680</b>
A. Allgemeines .....	680
B. Einzelheiten .....	680
I. Abs. 1 – Aufnahmequote .....	680
II. Abs. 2 – Anrechnung auf die Aufnahmequote .....	681
III. Abs. 3 – Ermittlung der Aufnahmepflicht .....	682
<b>§ 42d Übergangsregelung .....</b>	<b>683</b>
A. Allgemeines .....	683
B. Einzelheiten .....	684
I. Abs. 1 – Überlastungsanzeige des Landes .....	684
II. Abs. 2 – Reduzierung der Aufnahmequote .....	684
III. Abs. 3 – Verlängerung der Monatsfrist nach § 42b Abs. 4 Nr. 4 SGB VIII .....	684
IV. Abs. 4 und 5 – Kostenerstattung .....	685
1. Erstattung von Kosten, die vor dem 1.11.2015 entstanden sind (Abs. 4) .....	685
2. Erstattung von Kosten, die nach dem 1.11.2015 entstanden sind (Abs. 5) .....	685
<b>§ 42e Berichtspflicht .....</b>	<b>686</b>
<b>§ 42f Behördliches Verfahren zur Altersfeststellung .....</b>	<b>687</b>
A. Allgemeines .....	688
B. Einzelheiten .....	689
I. Absatz 1 – Altersfeststellung durch das Jugendamt .....	689
1. Abs. 1 Satz 1 – Einschätzung und Feststellung der Minderjährigkeit .....	689
a) Einsichtnahme in Ausweispapiere .....	689
b) Qualifizierte Inaugenscheinnahme .....	690
aa) Voraussetzungen und Essentialia .....	690
bb) Anforderungen an die Fachkräfte des Jugendamtes .....	692
2. Abs. 1 Satz 2 – Beteiligung der betroffenen Person .....	693
II. Absatz 2 – Verfahren in Zweifelsfällen .....	694
1. Abs. 2 Satz 1 – Ärztliche Untersuchung .....	694
a) Voraussetzungen .....	695
aa) Vorliegen eines Zweifelsfalls .....	695
bb) „Widersprüchliche“ oder „nicht schlüssige“ Selbstauskunft .....	698
cc) Zweifelsfall nur nach Auffassung der betroffenen Person oder ihres Vertreters .....	698

b) Rechtsfolge: Ärztliche Untersuchung zur Altersbestimmung .....	698
aa) Allgemeines .....	698
bb) Ärztliche Untersuchungsmethoden .....	699
c) Die Bedeutung von Art. 25 Abs. 5 Unterabs. 1 Satz 2 RL 2013/32/EU für die Altersfeststellung .....	700
2. Abs. 2 Satz 2 – Pflicht zur Aufklärung über Untersuchungsmethode und mögliche Folgen der Altersbestimmung .....	702
3. Abs. 2 Satz 3 – Aufklärung über Folgen einer Verweigerung der Untersuchung; Einwilligungsvorbehalt .....	703
4. Abs. 2 Satz 4 – Anwendung der Mitwirkungsvorschriften .....	705
a) §§ 60, 62 SGB I – Angabe von Tatsachen, Untersuchungen .....	707
b) §§ 65, 65a SGB I – Grenzen der Mitwirkungspflichten; Aufwendungsersatz ..	708
c) §§ 66, 67 SGB I – Folgen fehlender Mitwirkung .....	709
III. Abs. 3 – Rechtsschutz .....	711
1. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung .....	711
2. Folgen für den Rechtsschutz .....	712
a) Allgemeine Fragen .....	712
b) Fristversäumnis; Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	712
c) Verfahrens- und Prozessfähigkeit der betroffenen Person .....	713
d) Gerichtlicher Rechtsschutz gegen die Beendigung der (vorläufigen) Inobhutnahme .....	714
e) Gerichtlicher Rechtsschutz gegen die Ablehnung der (vorläufigen) Inobhutnahme .....	715
3. Grenzen der Anwendbarkeit von Absatz 3 .....	716
IV. Bindungswirkung getroffener Altersfeststellungen .....	716

## **Zweiter Abschnitt Schutz von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege und in Einrichtungen** .....

718

<b>§ 43 Erlaubnis zur Kindertagespflege</b> .....	718
A. Allgemeines .....	719
B. Einzelheiten .....	721
I. Abs. 1 – Erlaubnisvorbehalt .....	721
1. Betreuung außerhalb des Haushalts des oder der Erziehungsberechtigten .....	721
2. Zeitlicher Umfang .....	722
3. Gegen Entgelt .....	722
4. Rechtsfolge .....	723
II. Abs. 2 – Erteilungsvoraussetzungen .....	723
1. Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 – Persönliche und fachliche Eignung .....	725
a) Persönliche Eignung .....	725
b) Sachkompetenz und Kooperationsbereitschaft .....	729
2. Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 Kindgerechte Räumlichkeiten .....	730
3. Gewährleistung des Kindeswohls als Erlaubnisvoraussetzung? .....	730
III. Abs. 3 – Inhalt der Erlaubnis und weitere Regelungen .....	731
1. Abs. 3 Satz 1 – Inhalt der Erlaubnis .....	731
2. Abs. 3 Satz 2 – Beschränkung der Zahl der betreuten Kinder .....	732
3. Abs. 3 Satz 3 – Landesrechtliche Erweiterung .....	733
4. Abs. 3 Satz 4 – Befristung der Erlaubnis .....	734
5. Abs. 3 Satz 5 – Nebenbestimmungen .....	734
6. Abs. 3 Satz 6 – Unterrichtungspflicht der Tagespflegeperson .....	735
IV. Abs. 4 – Beratungsanspruch .....	735

V.	Abs. 5 – Landesrechtsvorbehalt .....	736
VI.	Sonderproblem Großtagespflegestelle .....	736
VII.	Aufhebung der Pflegeerlaubnis .....	738
1.	Rücknahme der Erlaubnis .....	738
2.	Widerruf der Erlaubnis .....	739
3.	Aufhebung der Erlaubnis nach § 48 Abs. 1 SGB X .....	740
a)	Überschreitung der Höchstzahl der zu betreuenden Kinder .....	740
b)	Verdacht sexueller Handlungen .....	741
c)	Hygienische Verhältnisse .....	742
d)	Sonstige Umstände, die die Eignung der Kindertagespflegeperson in Frage stellen .....	743
e)	Wahl der Ermächtigungsgrundlage durch die Behörde? .....	743
4.	Aufhebung der Erlaubnis als letztes Mittel? .....	744
VIII.	Untersagung der Tagespflege? .....	744
IX.	Zuständigkeit und Verfahren .....	745
1.	Zuständigkeit .....	745
2.	Verfahren .....	745
X.	Rechtsschutz .....	746
1.	Hauptsache .....	746
a)	Gegen die Versagung der Erlaubnis .....	746
b)	Gegen die teilweise Versagung der Erlaubnis .....	747
c)	Gegen eine Nebenbestimmung .....	747
d)	Gegen Rücknahme, Widerruf oder Aufhebung der Erlaubnis .....	747
2.	Eilrechtsschutz .....	749
a)	Gegen die (teilweise) Versagung der Erlaubnis .....	749
b)	Gegen die Entziehung der Erlaubnis .....	750
<b>§ 44 Erlaubnis zur Vollzeitpflege</b> .....	<b>754</b>	
A.	Allgemeines .....	755
B.	Einzelheiten .....	755
I.	Abs. 1 – Erlaubnisvorbehalt und Ausnahmen .....	755
1.	Abs. 1 – Erlaubnisvorbehalt .....	755
2.	Abs. 1 Satz 2 – Ausnahmetatbestände .....	756
a)	Nr. 1 – Aufnahme aufgrund Vermittlung durch das Jugendamt .....	756
b)	Nr. 2 – Aufnahme durch Vormund oder Pfleger .....	757
c)	Nr. 3 – Aufnahme als Verwandter oder Verschwägerter bis zum dritten Grad .....	757
d)	Nr. 4 – Aufnahme für längstens acht Wochen .....	757
e)	Nr. 5 – Aufnahme im Rahmen eines Schüler- oder Jugendaustausches .....	758
f)	Nr. 6 – Aufnahme in Adoptionspflege .....	758
II.	Abs. 2 – Versagung der Erlaubnis .....	758
1.	Abs. 2 Satz 1 – Versagungsgründe .....	758
a)	Allgemeines .....	758
b)	Eignung der Pflegeperson .....	759
c)	Eignung der Räumlichkeiten .....	760
2.	Abs. 2 Satz 2 – Entsprechende Geltung von § 72a Absatz 1 und 5 .....	760
3.	Zulässigkeit von Nebenbestimmungen? .....	761
4.	Form der Erlaubnis .....	761

III.	Abs. 3 – Überprüfung und Aufhebung der Erlaubnis .....	761
1.	Abs. 3 Satz 1 – Überprüfungspflicht .....	761
a)	Überprüfung bei erlaubnispflichtiger Vollzeitpflege .....	761
b)	Überprüfung in den Fällen des § 44 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII – Verhältnis zu § 37b Abs. 3 SGB VIII .....	762
2.	Abs. 3 Satz 2 – Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis .....	763
IV.	Abs. 4 – Mitteilungspflichten der Pflegeperson .....	764
V.	Zuständigkeiten und Rechtsschutz .....	765
VI.	Landesrecht .....	765
<b>§ 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung .....</b>		<b>766</b>
A.	Allgemeines .....	768
B.	Einzelheiten .....	769
I.	Abs. 1 – Erlaubnisvorbehalt und Ausnahmen .....	769
1.	Abs. 1 Satz 1 – Erlaubnisvorbehalt .....	769
2.	Abs. 1 Satz 2 – Ausnahmen von der Erlaubnispflicht .....	769
a)	Ausnahmen im Jugendhilferecht .....	769
b)	Spezialgesetzliche Ausnahmeregelungen .....	770
II.	Absatz 2 – Erlaubniserteilung .....	771
1.	Abs. 2 Satz 1 – Grundvoraussetzung: Gewährleistung des Kindeswohls in der Einrichtung .....	772
2.	Abs. 2 Satz 2 – Die Erteilungsvoraussetzungen im Einzelnen .....	774
a)	Nr. 1 – Zuverlässigkeit des Trägers .....	774
b)	Nr. 2 – Erfüllung und Gewährleistung der räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen .....	777
aa)	Räumliche Voraussetzungen .....	777
bb)	Fachliche Voraussetzungen .....	778
cc)	Wirtschaftliche Voraussetzungen .....	778
dd)	Personelle Voraussetzungen .....	778
c)	Nr. 3 – Gesellschaftliche und sprachliche Integration, gesundheitliche Vorsorge und medizinische Betreuung .....	779
aa)	Gesellschaftliche und sprachliche Integration .....	779
bb)	Gesundheitliche Vorsorge und medizinische Betreuung .....	780
d)	Nr. 4 – Gewaltschutz, Beteiligung und Beschwerdemöglichkeit der Kinder und Jugendlichen .....	780
3.	„In der Regel“ – Abweichen von der Regel .....	784
4.	Darlegungs- und Beweislast .....	785
III.	Abs. 3 – Vom Träger vorzulegende Unterlagen .....	786
a)	Nr. 1 Konzeption .....	786
b)	Nr. 2 Eignung des Personals .....	787
IV.	Abs. 4 – Nebenbestimmungen zur Erlaubnis .....	789
V.	Abs. 5 – Abstimmung mit anderen aufsichtspflichtigen Behörden .....	790
VI.	Abs. 6 – Beseitigung festgestellter Mängel .....	791
1.	Abs. 6 Satz 1 und 3 – Stufenweises Vorgehen .....	791
2.	Abs. 6 Satz 2, 4 und 5 – Beteiligung des Eingliederungs- oder Sozialhilfeträgers .....	791
VII.	Abs. 7 – Aufhebung der Erlaubnis .....	792
1.	Abs. 7 Satz 1 – Zwingende Aufhebung der Erlaubnis .....	792
2.	Abs. 7 Satz 2 – Aufhebung der Erlaubnis nach Ermessen .....	793
3.	Abs. 7 Satz 3 – Geltung von § 47 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3. SGB X .....	794
4.	Abs. 7 Satz 4 – Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Rechtsbehelfen .....	794

VIII. Weitere aufsichtsrechtliche Maßnahmen .....	794
IX. Verfahren und Rechtsschutz .....	795
1. Zuständigkeit .....	795
2. Rechtsbehelfe .....	795
<b>§ 45a Einrichtung</b> .....	<b>797</b>
A. Allgemeines .....	797
B. Einzelheiten .....	798
I. Satz 1 – Begriff der Einrichtung .....	798
II. Satz 2 und 3 – „Familienähnliche Betreuungsformen der Unterbringung“ .....	799
III. Satz 4 – Landesrechtliche Regelungen .....	801
<b>§ 46 Prüfung vor Ort und nach Aktenlage</b> .....	<b>802</b>
A. Allgemeines .....	803
1. Charakter der Vorschrift .....	803
2. Struktur der Vorschrift .....	803
B. Einzelheiten .....	804
I. Abs. 1 – Allgemeine Prüfungspflichten und -befugnisse .....	804
II. Abs. 2 – Örtliche Prüfungen; Mitwirkungspflicht des Trägers .....	807
III. Abs. 3 – Befugnisse im Rahmen der Überprüfung .....	808
1. Abs. 3 Satz 1 – Betretungs-, Besichtigungs-, Prüfungs- und Gesprächsführungsbefugnisse .....	809
a) Satz 1 Nr. 1 – Betretungs-, Prüfungs- und Besichtigungsbefugnis .....	809
b) Satz 1 Nr. 2 – Gesprächsführungsbefugnisse .....	810
aa) Satz 1 Nr. 2 Buchst. a – Einverständnis der Personensorgeberechtigten und Ermöglichung der Beteiligung .....	811
bb) Satz 1 Nr. 2 Buchst. b – Hinzuziehung einer Vertrauensperson .....	813
cc) Satz 1 Nr. 2 Buchst. b letzter Hs. – Geltung von § 8 Abs. 3 SGB VIII .....	814
c) Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Satz 2 – Ausnahmen .....	814
2. Abs. 3 Satz 2 – Befugnisse zur Abwehr von Gefahren .....	815
3. Abs. 3 Satz 3 – Duldungspflicht des Trägers .....	816
IV. Durchsetzung der Trägerverpflichtungen .....	816
1. Verwaltungszwang .....	816
a) Pflicht zur Vorlage der erforderlichen Unterlagen .....	816
b) Pflicht zur Mitwirkung bei der örtlichen Prüfung .....	816
c) Pflicht zur Duldung der Maßnahmen nach Abs. 3 Satz 1 und 2 .....	816
2. Aufhebung der Betriebserlaubnis .....	817
V. Folgen der Überprüfung .....	817
VI. Rechtsschutzfragen .....	817
1. Rechtsschutz des Trägers .....	817
2. Rechtsschutz der Kinder und Jugendlichen .....	818
3. Rechtsschutz der Personensorgeberechtigten .....	818
<b>§ 47 Melde- und Dokumentationspflichten, Aufbewahrung von Unterlagen</b> .....	<b>819</b>
A. Allgemeines .....	819
B. Einzelheiten .....	820
I. Abs. 1 – Meldepflichten .....	820
1. Abs. 1 Satz 1 – Anzeigepflichtige Gegenstände .....	820
a) Satz 1 Nr. 1 – Betriebsbezogene Angaben .....	820

b) Satz 1 Nr. 2 – Meldung kindeswohlschädlicher Ereignisse oder Entwicklungen .....	821
c) Satz 1 Nr. 3 – Bevorstehende Schließung der Einrichtung .....	822
2. Abs. 1 Satz 2 – Mitteilung von Änderungen .....	822
II. Abs. 2 – Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten .....	822
III. Abs. 3 – Informationspflichten der öffentlichen Träger .....	824
IV. Zuständigkeit; Ahndung von Verstößen .....	824
<b>§ 48 Tätigkeitsuntersagung .....</b>	<b>825</b>
A. Allgemeines .....	825
B. Einzelheiten .....	825
I. Voraussetzungen der Untersagung .....	825
II. Rechtsfolgen .....	826
III. Zuständigkeit, Verfahren, Rechtsschutz und Durchsetzung .....	826
<b>§ 48a Sonstige betreute Wohnform .....</b>	<b>829</b>
A. Allgemeines .....	829
B. Einzelheiten .....	829
I. Abs. 1 – Entsprechende Geltung der §§ 45 bis 48 SGB VIII .....	829
II. Abs. 2 – Sonstige betreute Wohnform als Teil einer Einrichtung .....	831
<b>§ 49 Landesrechtsvorbehalt .....</b>	<b>833</b>
A. Allgemeines .....	833
B. Einzelheiten .....	833
<b>Dritter Abschnitt Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren .....</b>	<b>834</b>
<b>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten .....</b>	<b>834</b>
A. Allgemeines .....	835
I. Funktion und Änderung der Vorschrift .....	835
II. Verhältnis von Jugendamt und Gericht .....	836
B. Einzelheiten .....	837
I. Mitwirkungspflichtige Verfahren .....	837
II. Abs. 2 – Einzelne Mitwirkungspflichten .....	838
1. Abs. 2 Satz 1 – Informations- und Hinweispflichtendes Jugendamtes .....	838
2. Abs. 2 Satz 2 bis 4 – Vorlage des Hilfeplans .....	839
3. Abs. 2 Satz 5 – Informationspflicht des Jugendamtes .....	841
4. Abs. 2 Satz 6 – Datenschutzvorbehalt .....	841
III. Abs. 3 – Mitteilungspflichten des am Verfahren beteiligten Jugendamtes .....	842
Anhang zu § 50 SGB VIII – Das familiengerichtliche Verfahren in Kindschaftssachen .....	843
I. Allgemeines .....	843
II. Rechtsänderungen .....	844
III. Amtsermittlungsgrundsatz .....	845
IV. Vorrang- und Beschleunigungsgebot .....	847
V. Persönliche Anhörung .....	848
1. Anhörung der Eltern .....	848
2. Anhörung des Kindes .....	848
VI. Mitwirkung und Beteiligtenstellung des Jugendamtes .....	849
VII. Bestellung eines Verfahrensbeistands .....	849
VIII. Beauftragung von Sachverständigen .....	850
IX. Vorläufiger Rechtsschutz .....	851

X.	Anwaltliche Vertretung – Beistand .....	852
XI.	Kosten des Verfahrens .....	852
XII.	Verfahrenskostenhilfe .....	853
	1. Voraussetzungen .....	853
	2. Beordnung eines Rechtsanwalts .....	853
XIII.	Rechtsmittel .....	854
XIV.	Abänderung von Entscheidungen und Vergleichen .....	855
<b>§ 51</b>	<b>Beratung und Belehrung in Verfahren zur Annahme als Kind .....</b>	<b>857</b>
A.	Allgemeines .....	858
B.	Einzelheiten .....	858
	I. Belehrungspflicht bei Ersetzung der Einwilligung wegen Gleichgültigkeit (Abs. 1 Satz 1, 2 und 4) .....	858
	1. Ersetzung der Einwilligung eines Elternteils ohne Belehrungspflicht des Jugendamtes .....	858
	2. Ersetzung der Einwilligung und Belehrungspflicht des Jugendamtes bei Gleichgültigkeit .....	859
	a) Belehrung, Hinweis auf Dreimonatsfrist (Satz 2), Fristbeginn (Satz 4) und Form der Belehrung .....	859
	b) Gleichgültigkeit .....	860
	c) Unverhältnismäßiger Nachteil bei Unterbleiben der Annahme .....	861
	II. Keine Belehrungspflicht bei unbekanntem Aufenthalt (Abs. 1, Satz 3) .....	861
	III. Beratungs- und Informationspflicht des Jugendamtes (Abs. 2) .....	862
	1. Gegenstand, Ziel und Form der Beratung (Satz 1) .....	862
	2. Entbehrlichkeit der Beratung (Satz 2) .....	862
	3. Informationspflicht des Jugendamtes gegenüber dem Gericht (Satz 3) .....	863
	IV. Beratung des nicht sorgeberechtigten Vaters eines nicht ehelichen Kindes (Abs. 3) ...	863
	1. Der anspruchsberechtigte Personenkreis .....	863
	2. Gegenstand der Beratung .....	864
	a) Die Rechte nach § 1747 Abs. 1 BGB .....	864
	b) Die Rechte nach § 1747 Abs. 3 BGB .....	865
	3. Unbekannter Aufenthalt, Form der Beratung, Kosten, .....	866
	V. Folgen bei fehlerhafter oder unterbliebener Belehrung und Beratung .....	867
	VI. Zuständigkeit und Übertragung auf anerkannte Träger der freien Jugendhilfe .....	867
<b>§ 52</b>	<b>Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz .....</b>	<b>868</b>
A.	Allgemeines .....	869
	I. Charakter und Bedeutung der Vorschrift .....	869
	II. Geschichte und Änderung der Vorschrift .....	870
	III. Bedeutung und Begrifflichkeit der KiRL .....	871
B.	Einzelheiten .....	873
	I. § 52 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII – Pflicht zur Mitwirkung in Verfahren nach dem JGG und zur Zusammenarbeit mit anderen Stellen .....	873
	II. § 38 JGG .....	873
	1. § 38 Abs. 1 JGG – Jugendgerichtshilfe .....	875
	2. § 38 Abs. 2 JGG – Ermittlungs- und Entscheidungshilfe .....	875
	a) Gegenstände .....	875
	b) Erkenntnisquellen und Datenerhebung .....	877
	c) Grenzen der Datenerhebung .....	878
	d) Belehrungspflichten .....	879

3.	§ 38 Abs. 3, Abs. 7, § 46a JGG – Berichterstattung durch die JGH .....	879
	a) Zeitpunkt der Berichterstattung .....	880
	aa) Grundsatz .....	880
	bb) Zeitliche Ausnahmen .....	881
	cc) Aktualisierung des Berichts .....	881
	b) Inhalt des Berichts .....	882
	aa) Ergebnisse der Begutachtung .....	882
	bb) „Maßnahmevorschlag“ der JGH? .....	882
	c) Form des Berichts .....	883
	d) Verzicht auf die Berichterstattung .....	884
4.	§ 38 Abs. 3, Abs. 7, § 50 Abs. 3 JGG – Teilnahme und Verzicht auf eine Teilnahme an der Hauptverhandlung .....	885
	a) Teilnahme/Verzicht auf eine Teilnahme an der Hauptverhandlung .....	885
	aa) Teilnahme der JGH an der Hauptverhandlung .....	885
	bb) Verzicht auf die Teilnahme der JGH an der Hauptverhandlung .....	885
	b) Teilnehmende Person .....	888
	c) Allgemeine Befugnisse der Jugendgerichtshilfe in der Hauptverhandlung .....	888
	d) Einbringung des Berichts der JGH in der Hauptverhandlung (§ 38 Abs. 2 Satz 2, § 50 Abs. 3 Satz 3 JGG) .....	889
	e) § 38 Abs. 6 Satz 3 JGG – Stellungnahme zur beabsichtigten Erteilung von Weisungen .....	890
5.	Partielle Verfassungswidrigkeit von § 38 JGG? .....	890
6.	§ 38 Abs. 5 Satz 1 und 2 JGG – Überwachung der Erfüllung richterlicher Weisungen und Auflagen .....	892
7.	§ 38 Abs. 5 Satz 3 JGG – Betreuung und Aufsicht im Fall einer Betreuungsweisung .....	893
8.	§ 38 Abs. 5 Satz 4 – Zusammenarbeit mit dem Bewährungshelfer .....	893
9.	§ 38 Abs. 5 Satz 5 JGG – Betreuung während des Vollzugs .....	893
10.	§ 38 Abs. 6 Satz 1, 2 JGG – Heranziehung der JGH .....	893
III.	Weitere Aufgaben der JGH .....	894
	1. Anwesenheit in der Hauptverhandlung gem. § 51 Abs. 6 Satz 4, Abs. 7 JGG .....	894
	2. Anwesenheit bei (sonstigen) Untersuchungshandlungen (§ 67 Abs. 3 JGG)? .....	896
	3. Unterrichtung an Stelle der Erziehungsberechtigten oder gesetzlichen Vertreter (§ 67a Abs. 4 Satz 3 JGG) .....	896
	4. Haftentscheidungshilfe – Haftvermeidung (§§ 38 Abs. 3 Satz 2, 72a, 72b JGG) ..	897
	5. Antragsrecht gem. § 97 Abs. Abs. 1 Satz 2 JGG .....	897
IV.	§ 52 Abs. 1 Satz 2 und 3 SGB VIII – Zusammenarbeit mit anderen Stellen .....	897
V.	§ 52 Abs. 2 Abs. 2 – Leistungen der Jugendhilfe .....	899
VI.	Abs. 3 – Heranziehung der JGH und Kontinuität der Betreuung .....	900
VII.	Zuständigkeit .....	901

<b>Vierter Abschnitt Beistandschaft, Pflegschaft und Vormundschaft für Kinder und Jugendliche, Auskunft über Nichtabgabe von Sorgeerklärungen</b> .....	902
<b>§ 52a Beratung und Unterstützung bei Vaterschaftsfeststellung und Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen</b> .....	902
A. Allgemeines .....	903
B. Einzelheiten .....	903
I. Beratungs- und Unterstützungsangebot / Hinweispflichten (Abs. 1 Satz 1, 2) .....	903
1. Informationsschreiben über umfassendes Angebot zur Beratung und Unterstützung (Satz 1) .....	903
2. Hinweispflichten des Jugendamtes nach Satz 2 .....	904
a) Die Bedeutung der Vaterschaftsfeststellung (Nr. 1) .....	904
b) Die Möglichkeiten zur Feststellung der Vaterschaft (Nr. 2) .....	905
c) Die Möglichkeit der Beurkundung von Unterhaltspflichten (Nr. 3) .....	906
d) Die Möglichkeit der Beantragung einer Beistandschaft und deren Rechtsfolgen (Nr. 4) .....	906
e) Möglichkeit der gemeinsamen elterlichen Sorge (Nr. 5) .....	906
3. Zuständigkeit und Kosten .....	908
II. Angebot eines persönlichen Gesprächs mit und bei der Mutter (Abs. 1 Satz 3, 4) .....	908
III. Hilfsangebote vor der Geburt (Abs. 2) .....	909
IV. Mitteilungspflicht des Gerichts und Hilfen nach erfolgreicher Vaterschaftsanfechtung (Abs. 3) .....	909
V. Anzeigepflicht des Standesamtes (Abs. 4) .....	909
<b>Vorbemerkung zu §§ 53 bis 58 SGB VIII</b> .....	910
<b>§ 53 Beratung und Unterstützung von Pflegern und Vormündern</b> .....	911
A. Allgemeines .....	912
B. Einzelheiten .....	912
I. Abs. 1 – Mitwirkung des Jugendamts bei der Vormunds- und Pflegerauswahl .....	912
1. Verhältnis von Jugendamt und Familiengericht .....	912
2. Zuständigkeit des Jugendamts .....	913
II. Abs. 2 – Vorschlagspflicht, Gegenstand und Reichweite .....	913
1. Recht und Pflicht .....	913
2. Begründung des Vorschlags und Gewinnung Ehrenamtlicher .....	913
3. Wegfall der Gegenvormundschaft und Benennung von Gegenvormündern und juristischen Personen .....	915
4. Auswahlkriterien und Eignung .....	915
III. Abs. 3 – Geltungserstreckung auf die Pflegschaft für Minderjährige .....	917
<b>§ 53a Beratung und Unterstützung von Vormündern und Pflegern</b> .....	918
A. Allgemeines .....	918
B. Einzelheiten .....	918
I. Abs. 1 – Beratung und Unterstützung der Vormünder und Pfleger durch das Jugendamt .....	918
II. Abs. 2 – Überwachung der Sorgeausübung und Behebung von Mängeln .....	920
III. Abs. 3 – Überwachungsaufgabe des Vormundschaftsvereins .....	920
IV. Abs. 4 – Aufgabenbestand und -verteilung bei Pflegschaften für Minderjährige .....	921

<b>§ 54 Anerkennung als Vormundschaftsverein</b> .....	922
A. Allgemeines .....	923
B. Einzelheiten .....	924
I. Abs. 1 – Voraussetzungen der Anerkennung als Vormundschaftsverein .....	924
1. Abs. 1 Nr. 1 – Anforderungen an die Mitarbeiter .....	924
2. Abs. 1 Nr. 2 – Höchstzahl gleichzeitig geführter Vormundschaften oder Pflegschaften .....	925
3. Abs. 1 Nr. 3 – Bemühen um die Gewinnung Ehrenamtlicher .....	925
4. Abs. 1 Nr. 4 – Ermöglichung des Mitarbeiteraustauschs .....	926
II. Abs. 2 – Räumlicher Geltungsbereich der Anerkennung .....	926
III. Abs. 3 – Landesrechtliche Zulassung der Übernahme einer (Vereins-)Beistandschaft ..	927
IV. Abs. 4 – Landesrechtsvorbehalt und Nebenbestimmungen zur Anerkennung, Förderung .....	928
V. Abs. 5 – Fortgeltung bestehender Erlaubnisse .....	928
<b>§ 55 Beistandschaft, Pflegschaft und Vormundschaft des Jugendamts</b> .....	929
A. Allgemeines .....	930
B. Einzelheiten .....	930
I. Abs. 1 – Funktionszuweisung an das Jugendamt .....	930
1. Anknüpfung an die Vorschriften des BGB .....	930
2. Die drei Funktionsbereiche im Vormundschaftswesen .....	931
a) Beistandschaft .....	931
b) Pflegschaft .....	932
c) Vormundschaft .....	934
3. Sonderfragen .....	935
a) „Babykörbchen“ und vertrauliche Geburt .....	935
b) Minderjährige Flüchtlinge, vorläufige Vertretung und Vormundschaft .....	936
II. Abs. 2 – Rechtsstellung der Jugendamtsmitarbeitenden .....	937
1. Übertragung der Ausübung der Aufgaben auf einzelne Bedienstete .....	937
2. Begründung der Funktion der Jugendamtsmitarbeitenden .....	938
3. Begrenzte Weisungsfreiheit der Jugendamtsmitarbeitenden .....	939
III. Abs. 3 – Fallzahlen der Jugendamtsmitarbeitenden .....	940
IV. Abs. 4 – Gesetzliche Vertretung und persönlicher Kontakt .....	941
1. Satz 1 – Übertragung als Angelegenheit der laufenden Verwaltung .....	941
2. Abs. 4 Satz 2 – Gesetzliche Vertretung .....	941
3. Abs. 4 Satz 3 – Persönlicher Kontakt .....	941
V. Abs. 5 – Trennung der Aufgaben des Jugendamts .....	942
VI. Pflichtverletzungen und Aufsicht .....	942
<b>§ 56 Führung der Beistandschaft, der Pflegschaft und der Vormundschaft durch das     Jugendamt</b> .....	944
A. Allgemeines .....	945
B. Einzelheiten .....	945
I. Abs. 1 – Generalverweis auf das BGB .....	945
II. Abs. 2 – Spezielle Befreiungen des Jugendamts .....	946
1. Abs. 2 Satz 1 – Abweichungen in Vermögensangelegenheiten .....	946
2. Abs. 2 Satz 2 – Befreiungen von familiengerichtlicher Genehmigung .....	946
3. Abs. 2 Satz 3 – Weitergehende Ausnahmen durch Landesrecht .....	946
III. Abs. 3 – Mündelgeldanlage .....	947

<b>§ 57 Mitteilungspflichten des Jugendamts</b> .....	949
A. Allgemeines .....	950
B. Einzelheiten .....	950
I. Abs. 1 – Mitteilung der Amtsvormundschaft und des Wegfalls ihrer Voraussetzungen .....	950
1. Mitteilungspflichten des Jugendamts .....	950
2. Ablauf der Mitteilung .....	951
II. Abs. 2 – Mitteilung der Person des ausgewählten Bediensteten des Jugendamts .....	951
III. Abs. 3 – Auskunft über das persönliche Ergehen des Mündels und „Mängel“- Mitteilungen .....	952
IV. Abs. 4 – Jährliche Überprüfung der „Privatisierbarkeit“ der übertragenen vormundschaftsrechtlichen Funktion .....	952
V. Abs. 5 – Mitteilung der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts des Mündels .....	953
VI. Abs. 6 – Mitteilungspflichten des Jugendamts bei der Pflegschaft für Minderjährige ..	954
<b>§ 58 Auskunft über Alleinsorge aus dem Sorgeregister</b> .....	955
A. Allgemeines .....	956
B. Einzelheiten .....	956
I. Abs. 1 – Das Register über Sorgeerklärungen beim Jugendamt .....	956
1. Pflicht zum Führen des Sorgeregisters; zuständiges Jugendamt .....	956
2. Eintragungen in das Sorgeregister .....	956
a) Zweck der Eintragung .....	956
b) Gegenstände der Eintragung .....	956
3. Mitteilungen zur Eintragung im Sorgeregister .....	957
a) Mitteilende Stellen und Personen .....	957
b) „Beweiswert“ der schriftlichen Auskunft .....	957
II. Abs. 2 – Anspruch auf die schriftliche Auskunft .....	958
1. Rechtsanspruch .....	958
2. Mutter mit ausländischer Staatsangehörigkeit .....	958
3. Neubezeichnung der Bescheinigung als „schriftliche Auskunft“ .....	958
<b>§ 58a (weggefallen)</b> .....	959
<b>Fünfter Abschnitt Beurkundung, vollstreckbare Urkunden</b> .....	960
<b>§ 59 Beurkundung</b> .....	960
A. Allgemeines .....	961
B. Einzelheiten .....	961
I. Der Katalog der Erklärungen (Abs. 1 Nr. 1 bis 9) .....	961
1. Anerkennung der Vaterschaft (Nr. 1) .....	961
2. Die Erklärung über die Anerkennung der Mutterschaft (Nr. 2) .....	962
3. Unterhaltsansprüche eines Abkömmlings unter 21 Jahren (Nr. 3) .....	962
4. Unterhaltsansprüche unverheirateter Eltern (Nr. 4) .....	963
5. Adoption eines ausländischen Kindes (Nr. 5) .....	964
6. Widerruf der Einwilligung des Kindes in die Kindesannahme (Nr. 6) .....	964
7. Verzichtserklärung des Vaters des nichtehelichen Kindes (Nr. 7) .....	964
8. Beurkundung der Sorgeerklärung (Nr. 8) .....	965
9. Einwendungen im vereinfachten Verfahren (Nr. 9) .....	965
II. Ausschluss der Urkundsperson (Abs. 2) .....	965
III. Geeignete Urkundsperson (Abs. 3) .....	966
IV. Beurkundungsverfahren/Kosten .....	966
V. Mitteilungspflichten/Verschwiegenheitspflicht .....	968

<b>§ 60 Vollstreckbare Urkunden</b> .....	970
A. Allgemeines .....	970
B. Einzelheiten .....	971
I. Vollstreckbare Jugendamtsurkunden (Satz 1) .....	971
II. Zustellung durch Aushändigung der Urkunde (Satz 2) .....	971
III. Grundsätzliche Anwendbarkeit der Vollstreckungsvorschriften der ZPO (Satz 3) .....	971
IV. Abänderbarkeit/Kosten .....	972
<b>Viertes Kapitel Schutz von Sozialdaten</b> .....	973
Vorbemerkung zu §§ 61 bis 68 SGB VIII .....	973
I. Stellenwert des Datenschutzes für die Arbeit sozialpädagogischer Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe .....	973
II. Quellen und Grundbegriffe des Datenschutzrechts .....	974
III. Datenschutzbeauftragte .....	984
IV. Sozialdatenschutz durch das Strafrecht .....	986
V. Sozialdatenschutz durch zivilrechtliche Normen .....	1004
VI. Einwilligung/Entbindung von der Schweigepflicht .....	1004
VII. Akteninhalt, Aktenführung, Aufbewahrungsfristen, Akteneinsicht .....	1006
VIII. Leitfaden für die Praxis im Sozialdatenschutz .....	1008
<b>§ 61 Anwendungsbereich</b> .....	1012
A. Allgemeines .....	1012
B. Sozialdatenschutz durch Träger der freien Jugendhilfe .....	1013
C. Verlängerung des Sozialdatenschutzes .....	1014
<b>§ 62 Datenerhebung</b> .....	1015
A. Allgemeines .....	1016
B. Einzelheiten .....	1016
I. Abs. 1 – Grundsatz der Erforderlichkeit der Datenerhebung .....	1016
II. Abs. 2 – Datenerhebung beim Betroffenen und Aufklärung .....	1017
Exkurs Entwicklungsberichte .....	1018
III. Abs. 3 – Datenerhebung ohne Mitwirkung des Betroffenen .....	1024
IV. Abs. 4 – Datenerhebung bei Dritten .....	1025
<b>§ 63 Datenspeicherung</b> .....	1026
A. Allgemeines .....	1026
B. Einzelheiten und Beispiele .....	1027
<b>§ 64 Datenübermittlung und -nutzung</b> .....	1029
A. Allgemeines .....	1029
B. Einzelheiten und Beispiele .....	1031
I. Absatz 1 .....	1031
II. Absatz 2 .....	1031
III. Absatz 3 .....	1033
IV. Absatz 4 .....	1033

<b>§ 65 Besonderer Vertrauensschutz in der persönlichen und erzieherischen Hilfe</b> .....	1035
A. Allgemeines .....	1035
B. Weitergabebefugnisse gem. § 65 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 SGB VIII .....	1038
C. Besonderer Vertrauensschutz bei behördeninternem Weitergabeverbot gem. § 65 Abs. 2 SGB VIII .....	1039
<b>§ 66 (weggefallen)</b> .....	1040
<b>§ 67 (weggefallen)</b> .....	1040
<b>§ 68 Sozialdaten im Bereich der Beistandschaft, der Amtspflegschaft und der Amtsvormundschaft</b> .....	1041
A. Bedeutung der Sonderregelung .....	1042
B. Einzelheiten .....	1042
I. Befugnisse des Beistands, Amtspflegers und Amtsvormunds (§ 68 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII) und Einschränkung der Informationspflichten (§ 68 Abs. 1 Satz 3 SGB VIII) ..	1042
II. Nutzung von Sozialdaten (§ 68 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII) .....	1043
III. Löschung und Sperrung der Daten (§ 68 Abs. 2 SGB VIII) .....	1043
IV. Auskunftsrechte (Abs. 3) .....	1044
V. Zweckbindung nach Übermittlung (Abs. 4) .....	1044
VI. Entsprechende Anwendung für Gegenvormundschaft (Abs. 5) .....	1044
<b>Fünftes Kapitel Träger der Jugendhilfe, Zusammenarbeit, Gesamtverantwortung</b> .....	1045
<b>Erster Abschnitt Träger der öffentlichen Jugendhilfe</b> .....	1045
<b>§ 69 Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Jugendämter, Landesjugendämter</b> .....	1045
A. Allgemeines .....	1045
B. Einzelheiten .....	1046
I. Abs. 1 – Träger der öffentlichen Jugendhilfe .....	1046
II. Abs. 3 – Zweistufige Trägerstruktur .....	1046
III. Abs. 4 – Errichtung gemeinsamer Einrichtungen und Dienste .....	1046
<b>§ 70 Organisation des Jugendamts und des Landesjugendamts</b> .....	1047
A. Allgemeines .....	1047
B. Einzelheiten .....	1047
I. Abs. 1 – Aufgabenwahrnehmung .....	1047
II. Abs. 2 – Jugendhilfeausschuss und Verwaltung des Jugendamts .....	1048
1. Aufgabenverteilung zwischen Jugendhilfeausschuss und Verwaltung des Jugendamts .....	1048
2. Geschäfte der laufenden Verwaltung .....	1048
III. Abs. 3 – Landesjugendhilfeausschuss und Verwaltung des Landesjugendamts .....	1049
<b>§ 71 Jugendhilfeausschuss, Landesjugendhilfeausschuss</b> .....	1050
A. Allgemeines .....	1051
B. Einzelheiten .....	1051
I. Abs. 1 – Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses .....	1051
1. Stimmberechtigte Mitglieder .....	1051
2. Zahl und Wählbarkeit der Mitglieder .....	1052
3. Rechtsstatus des Jugendhilfeausschusses und Rechtsstellung der Mitglieder .....	1052

II.	Abs. 2 – Beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses .....	1053
III.	Abs. 3 – Aufgaben des Jugendhilfeausschusses .....	1053
	1. Erörterung aktueller Problemlagen .....	1054
	2. Jugendhilfeplanung .....	1054
	3. Förderung der freien Jugendhilfe .....	1054
	4. Weitere Aufgaben des Jugendhilfeausschusses .....	1054
IV.	Abs. 4 – Beschlussrecht und Verfahren des Jugendhilfeausschusses .....	1055
	1. Abs. 4 Satz 1 – Beschlussrecht .....	1055
	2. Abs. 4 Satz 2 – Anhörungs- und Antragsrecht .....	1057
	3. Abs. 4 Satz 3 – Zusammentreten .....	1057
	4. Abs. 4 Satz 4 – Öffentlichkeit .....	1057
V.	Abs. 5 – Landesjugendhilfeausschuss .....	1058
VI.	Abs. 6 – Landesrecht .....	1058
VII.	Rechtsschutz des Jugendhilfeausschusses und seiner Mitglieder .....	1058
	1. Rechtsschutzmöglichkeiten des Jugendhilfeausschusses .....	1058
	a) Kommunalverfassungsstreitverfahren .....	1058
	b) Normenkontrolle .....	1059
	2. Rechtsschutzmöglichkeiten einzelner Ausschussmitglieder .....	1059
	3. Kosten des Verfahrens .....	1059
	<b>§ 72 Mitarbeiter, Fortbildung .....</b>	<b>1060</b>
A.	Allgemeines .....	1060
B.	Einzelheiten .....	1061
I.	Abs. 1 – Fachkräftegebot .....	1061
	1. Satz 1 – Qualifikationsanforderungen .....	1061
	a) Fachkräfte .....	1061
	b) Sonstige beschäftigte Personen – „Nicht-Fachkräfte“ .....	1062
	2. Abs. 1 Satz 2 und 3–Vorbehaltene Aufgaben und interdisziplinäre Zusammenarbeit .....	1062
II.	Abs. 2 – Übertragung leitender Funktionen .....	1063
IV.	Abs. 3 – Fortbildung und Praxisberatung .....	1063
	<b>§ 72a Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen .....</b>	<b>1064</b>
A.	Allgemeines .....	1066
B.	Einzelheiten .....	1066
I.	Abs. 1 – Beschäftigungs- und Vermittlungsverbot .....	1066
	1. Abs. 1 Satz 1 – Erfasste Personen .....	1066
	a) Allgemeines .....	1066
	b) Beschäftigung .....	1068
	c) Vermittlung .....	1068
	2. Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses .....	1068
	a) Erteilung des erweiterten Führungszeugnisses .....	1069
	b) Inhalt des erweiterten Führungszeugnisses .....	1070
	c) Vorlagepflicht der betroffenen Bewerber_innen oder Beschäftigten? .....	1070
II.	Abs. 2 – Beschäftigung von Hauptamtlichen durch freie Träger .....	1071
	1. Vereinbarungen über ein Beschäftigungsverbot .....	1071
	a) Allgemeine Fragen .....	1071
	b) Form der Vereinbarung .....	1072
	2. Gegenstand der Vereinbarung .....	1072
	3. (Möglicher) Inhalt einer Vereinbarung nach § 72 Abs. 2 SGB VIII im Einzelnen ....	1072

4.	Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses gegenüber dem freien Träger? ...	1075
5.	Ab. 1.1.2023 geltende Änderungen von Abs. 2 .....	1077
III.	Abs. 3 – Neben- und ehrenamtlich Tätige unter der Verantwortung öffentlicher Träger .....	1077
IV.	Abs. 4 – Neben- und ehrenamtlich Tätige unter der Verantwortung freier Träger .....	1079
1.	Allgemeine Fragen .....	1079
2.	Inhalt der Vereinbarung nach § 72a Abs. 4 SGB VIII .....	1079
3.	Verpflichtung des freien Trägers zum Abschluss einer Vereinbarung? .....	1080
V.	Abs. 5 – Datenschutz .....	1081
VI.	Arbeitsrechtliche Bedeutung des § 72a SGB VIII .....	1082
1.	Hauptamtlich bei einem öffentlichen Träger Beschäftigte .....	1082
a)	Anbahnung und Zustandekommen des Beschäftigungsverhältnisses .....	1082
b)	Bestehende Beschäftigungsverhältnisse .....	1084
aa)	Vorlagepflicht .....	1084
bb)	Einholung des erweiterten Führungszeugnisses .....	1085
c)	Verweigerung der Vorlage und deren Folgen .....	1086
d)	Folgen eines einschlägigen Eintrags im Führungszeugnis .....	1086
e)	Kosten des erweiterten Führungszeugnisses .....	1086
2.	Hauptamtlich bei einem freien Träger Beschäftigte .....	1087
a)	Vorlagepflicht .....	1087
b)	Weitere Fragen .....	1087
3.	Neben- und Ehrenamtliche .....	1087
VII.	Folgen der Nichtvorlage des erweiterten Führungszeugnisses für die Träger .....	1088
1.	Öffentliche Träger .....	1088
2.	Freie Träger und Vereine nach § 54 SGB VIII .....	1089
VIII.	Fehlende Vereinbarung .....	1090

## **Zweiter Abschnitt Zusammenarbeit mit der freien Jugendhilfe, ehrenamtliche Tätigkeit** .....

1092

### **§ 73 Ehrenamtliche Tätigkeit** .....

1092

A. Allgemeines .....

1092

B. Praxis .....

1092

C. Ehrenamt in der Jugendhilfe .....

1095

### **§ 74 Förderung der freien Jugendhilfe** .....

1097

A. Regelungsgegenstand .....

1098

B. Abs. 1 – Rechtliche Maßgaben für die Förderung .....

1098

I. Jugendhilferechtliche Maßgaben .....

1098

II. Haushaltsrechtliche Maßgaben .....

1098

C. Förderung in der Systematik des SGB VIII .....

1099

D. Subventionsbeteiligte und Subventionsgegenstand .....

1099

I. Fördernder und Förderbegünstigte .....

1099

II. Förderungsgegenstand .....

1100

E. Abs. 2 – Voraussetzungen der Förderfähigkeit .....

1100

F. Förderung und Jugendhilfeplanung .....

1102

G. Abs. 3 – Förderungsanspruch und Fortbestand der Förderung .....

1103

I. Förderungsanspruch dem Grunde nach .....

1103

II. Kein Vertrauensschutz auf Fortbestand der Förderung .....

1103

III. Gerichtliche Kontrolle .....

1104

H. Abs. 4 – Auswahl unter Bewerbern .....	1104
I.    Betroffenennähe .....	1104
II.   Wettbewerbsrechtliche Auswahl und Gleichbehandlungsgrundsatz .....	1104
I.    Änderungen der Fördermittelhöhe .....	1105
J.    Förderziel der Bewahrung fachlicher Kompetenz .....	1106
<b>§ 74a Finanzierung von Tageseinrichtungen für Kinder .....</b>	<b>1107</b>
A.    Systematische Einordnung, Entstehungsgeschichte .....	1107
B.    Regelungsinhalt .....	1107
<b>§ 75 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe .....</b>	<b>1109</b>
A.    Allgemeines .....	1109
B.    Einzelheiten .....	1110
I.    Abs. 1 – Anerkennungsvoraussetzungen .....	1110
1.    Abs. 1 Nr. 1 – Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendhilfe .....	1110
2.    Abs. 1 Nr. 2 – Verfolgung gemeinnütziger Ziele .....	1110
3.    Abs. 1 Nr. 3 – Fachliche und personelle Voraussetzungen zur Sicherung eines nicht unwesentlichen Beitrags in der Jugendhilfe .....	1111
4.    Abs. 1 Nr. 4 – Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit .....	1112
II.   Abs. 2 – Anerkennungsanspruch .....	1113
III.  Abs. 3 – Gesetzliche Anerkennung .....	1113
IV.  Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz .....	1114
<b>§ 76 Beteiligung anerkannter Träger der freien Jugendhilfe an der Wahrnehmung anderer     Aufgaben .....</b>	<b>1116</b>
A.    Allgemeines .....	1116
B.    Einzelheiten .....	1117
I.    Abs. 1 – Mitwirkung anerkannter freier Träger an der Erfüllung anderer Aufgaben ...	1117
1.    Mitwirkungsfähige Aufgaben .....	1117
2.    Rechtsnatur und Form von Beteiligung und Übertragung .....	1117
3.    Die beteiligungsfähigen Aufgaben im Einzelnen .....	1118
a)  Inobhutnahme und vorläufige Inobhutnahme (§§ 42, 42a SGB VIII) .....	1118
b)  Erlaubnis zur Kindertagespflege (§ 43 SGB VIII) .....	1118
c)  Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren (§§ 50 bis 52 SGB VIII) .....	1118
d)  Beratung und Unterstützung bei Vaterschaftsfeststellung und Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen (§ 52a SGB VIII) sowie von Pflegerinnen und Vormündern (§ 53a SGB VIII) .....	1119
II.   Abs. 2 – Verbleibende Verantwortlichkeit des öffentlichen Trägers .....	1119
III.  Zuständigkeit .....	1119
<b>§ 77 Vereinbarungen über Kostenübernahme und Qualitätsentwicklung bei ambulanten     Leistungen .....</b>	<b>1120</b>
A.    Regelungsgegenstand .....	1120
I.    Zielvorgabe Kostenvereinbarung .....	1120
II.   Vertragspartner .....	1121
III.  Gegenstände der Vereinbarungen .....	1121
1.    Kosten .....	1121
2.    Leistungen .....	1121
3.    Qualitätsmerkmale .....	1122
4.    Vereinbarungen über Pflegekinderdienste .....	1122
IV.  Kostenermittlung und Leistungsorte .....	1123

B. Fortbestand der Nichtbeanspruchbarkeit von Kostenvereinbarungen .....	1123
C. Rechtsnatur der Kostenvereinbarung .....	1123
D. Systematische Einordnung .....	1124
<b>§ 78 Arbeitsgemeinschaften .....</b>	<b>1126</b>
A. Arbeitsgemeinschaften als Kommunikationsinstrumente .....	1126
B. Aufgaben und Beteiligte .....	1126
I. Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften .....	1126
II. Beteiligte der Arbeitsgemeinschaften .....	1127
C. Gestaltungsaufgabe des öffentlichen Trägers .....	1128
<b>Dritter Abschnitt Vereinbarungen über Leistungsangebote, Entgelte und Qualitätsentwicklung .....</b>	<b>1129</b>
<b>§ 78a Anwendungsbereich .....</b>	<b>1129</b>
A. Abs. 1 – Prospektives Leistungsentgeltsystem .....	1129
B. Verhältnis zu Kostenvereinbarungen nach § 77 SGB VIII .....	1130
C. Abs. 2 – Anwendungsbereich des Leistungsfinanzierungsrechts .....	1130
<b>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts .....</b>	<b>1132</b>
A. Rechtsnatur der Leistungsentgeltvereinbarungen .....	1133
B. Keine Anwendung des Vergaberechts .....	1133
C. Rechtsansprüche aus den Vertragsbeziehungen .....	1134
I. Leistungsberechtigte .....	1134
II. Einrichtungsträger .....	1134
III. Vereinbarungen zwischen Jugendamt und Einrichtungsträger .....	1135
D. Abs. 1 – Die Vereinbarungstrias .....	1135
I. Leistungsvereinbarung .....	1135
II. Entgeltvereinbarung .....	1136
III. Qualitätsentwicklungsvereinbarung .....	1136
E. Rechtsanspruch auf Vertragsabschluss (Marktzugang) .....	1137
F. Abs. 2 – Geeignetheit und Feststellung der Geeignetheit .....	1137
I. Geeignetheit des Trägers .....	1137
II. Maßstäbe der Geeignetheit .....	1138
III. (Interner und externer) Vergleich? .....	1138
G. Geeignetheit bei der Erbringung von Hilfen zur Erziehung im Ausland .....	1139
H. Abs. 3 – Kostenübernahme im Einzelfall bei fehlender Vertragsbindung .....	1140
<b>§ 78c Inhalt der Leistungs- und Entgeltvereinbarungen .....</b>	<b>1141</b>
A. Regelungsgehalt .....	1141
B. Abs. 1 – Vorgaben für die Vertragsinhalte .....	1141
C. Vertragliche Leistungspflicht .....	1142
D. Abs. 2 – Leistungsgerechtes Entgelt .....	1143
E. Investitionen als Entgeltbestandteil .....	1143
<b>§ 78d Vereinbarungszeitraum .....</b>	<b>1145</b>
A. Abs. 1 – Vereinbarungszeitraum .....	1145
B. Abs. 2 – Laufzeitbeginn und Weitergeltung .....	1146
I. Laufzeitbeginn .....	1146
II. Weitergeltung .....	1146
C. Abs. 3 – Anspruch auf Neuvereinbarung bei Wegfall der Geschäftsgrundlage .....	1147

D. Kündigung .....	1147
E. Abs. 4 – Altverträge .....	1148
<b>§ 78e Örtliche Zuständigkeit für den Abschluss von Vereinbarungen .....</b>	<b>1149</b>
A. Abs. 1 – Örtliche Zuständigkeit für den Vertragsabschluss .....	1149
B. Abs. 2 – Schutz der Einrichtungsorte .....	1150
C. Anhörung des Hauptbelegers .....	1151
D. Abs. 3 – Beauftragung von Kommissionen .....	1151
<b>§ 78f Rahmenverträge .....</b>	<b>1152</b>
A. Entwicklung von Landesrahmenverträgen .....	1152
B. Rechtsnatur und Rechtswirkung von Landesrahmenverträgen .....	1152
I. Vertragspartner .....	1152
II. Verbindlichkeit .....	1153
II. Vertragsschluss und Kommissionen .....	1153
III. Vertragsinhalte .....	1153
<b>§ 78g Schiedsstelle .....</b>	<b>1154</b>
A. Abs. 1 – Funktion und Rechtsnatur der Schiedsstelle .....	1155
I. Funktion .....	1155
II. Rechtsnatur .....	1155
B. Abs. 2 – Schiedsstellenentscheidungen und Rechtsweg .....	1155
I. Entscheidungen .....	1155
II. Rechtsweg gegen Entscheidungen der Schiedsstelle .....	1156
III. Träger der Schiedsstelle, Errichtung und Besetzung .....	1157
1. Errichtung .....	1157
2. Besetzung .....	1157
C. Abs. 3 – Das Schiedsstellenverfahren, Gegenstände, Verfahren, Entscheidung .....	1158
I. Anrufung der Schiedsstelle .....	1158
II. Gegenstände des Schiedsstellenverfahrens .....	1158
III. Verfahren der Schiedsstelle .....	1158
IV. Inkrafttreten der Schiedsstellenentscheidung .....	1159
D. Abs. 4 – Landesrecht .....	1159
<b>Vierter Abschnitt Gesamtverantwortung, Jugendhilfeplanung .....</b>	<b>1160</b>
<b>§ 79 Gesamtverantwortung, Grundausrüstung .....</b>	<b>1160</b>
A. Bedeutung der Norm und Überblick .....	1160
B. Regelungsgegenstände .....	1161
I. Abs. 1 – Gesamtverantwortung .....	1161
1. Pflichtaufgabe .....	1161
2. Aufgabenwahrnehmung im Verhältnis zu freien Trägern .....	1162
3. Planungsverantwortung .....	1162
II. Abs. 2 Satz 1 – Gewährleistungspflicht .....	1163
1. Gewährleistung versus Bereitstellung .....	1163
2. Erfüllung der Gewährleistungspflicht (Recht und Politik) .....	1164
3. Erforderlichkeit und Eignung der Infrastruktur .....	1165
4. Rechtzeitigkeit ausreichender Verfügbarkeit .....	1166
5. Abgestimmtes Zusammenwirken .....	1166
III. Abs. 2 Satz 2 – Mittelanteil für die Jugendarbeit .....	1167
IV. Abs. 3 – Ausstattungspflicht .....	1167

<b>§ 79a Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe</b> .....	1169
A. Entstehungshintergrund und Rechtsnatur .....	1169
I. Entstehungshintergrund .....	1169
II. Kein Rechtsanspruch .....	1169
B. Reichweite des Qualitätsentwicklungsgebots .....	1170
C. Verfahren der Qualitätsentwicklung .....	1170
D. Wirkungen der Standardisierung .....	1170
<b>§ 80 Jugendhilfeplanung</b> .....	1172
A. Grundlagen der Jugendhilfeplanung .....	1173
I. Planer .....	1173
II. Planbetroffene .....	1173
III. Kein Anspruch auf Jugendhilfeplanung .....	1173
IV. Zusammenhang von Jugendhilfeplanung und Förderung .....	1174
V. Jugendhilfeplan .....	1174
B. Einzelheiten .....	1175
I. Abs. 1 – Verfahren der Jugendhilfeplanung .....	1175
II. Abs. 2 – Kriterien der Jugendhilfeplanung .....	1176
III. Abs. 3 – Einbeziehung von Maßnahmen der Qualitätsgewährleistung .....	1177
IV. Abs. 4 – Beteiligung freier Träger an der Jugendhilfeplanung .....	1177
1. Abs. 4 Satz 1 – Beteiligung freier Träger .....	1177
2. Abs. 4 Satz 2 – Landesrecht .....	1177
V. Abs. 5 – Planungsabstimmung .....	1178
<b>§ 81 Strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen</b> .....	1179
A. Zusammenarbeitsgebot .....	1179
B. Kooperationspartner .....	1180
C. Generelle Instrumente der Kooperation .....	1180
I. Jugendhilfeausschuss .....	1180
II. Arbeitsgemeinschaft .....	1180
D. Kooperation mit freien Trägern .....	1181
E. Einzelfall-Kooperation .....	1181
<b>Sechstes Kapitel Zentrale Aufgaben</b> .....	1183
<b>§ 82 Aufgaben der Länder</b> .....	1183
A. Bedeutung der Landesebene in der Jugendhilfe .....	1183
B. Förderung als Landesaufgabe .....	1183
C. Ausfüllung des Landesrechtsvorbehalts und Standardisierungsauftrag .....	1183
<b>§ 83 Aufgaben des Bundes, Bundesjugendkuratorium</b> .....	1185
A. Abs. 1 – Bedeutung der Bundesebene in der Jugendhilfe .....	1185
B. Abs. 2 – „Sachverständige Beratung“/Bundesjugendkuratorium .....	1186
C. Abs. 3 – Bundeselternvertretung .....	1186
<b>§ 84 Jugendbericht</b> .....	1187
A. Bedeutung und Funktion des Jugendberichts .....	1187
B. Die beauftragte Kommission .....	1188

<b>Siebttes Kapitel Zuständigkeit, Kostenerstattung</b> .....	1189
<b>Erster Abschnitt Sachliche Zuständigkeit</b> .....	1189
<b>§ 85 Sachliche Zuständigkeit</b> .....	1189
A. Allgemeines .....	1190
B. Einzelheiten .....	1190
I. Abs. 1 – Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit .....	1190
II. Abs. 2 – Zuständigkeit des überörtlichen Trägers .....	1190
III. Abs. 3 – Übernahme von Aufgaben durch den örtlichen Träger .....	1191
IV. Abs. 4 – Abweichende landesrechtliche Regelungen .....	1191
V. Abs. 5 Übertragung auf andere Körperschaften .....	1191
<b>Zweiter Abschnitt Örtliche Zuständigkeit</b> .....	1192
<b>Erster Unterabschnitt Örtliche Zuständigkeit für Leistungen</b> .....	1192
<b>§ 86 Örtliche Zuständigkeit für Leistungen an Kinder, Jugendliche und ihre Eltern</b> .....	1192
A. Allgemeines .....	1194
I. Bedeutung der Norm .....	1194
II. Zentrale Begriffe .....	1194
1. „Leistung“ – „Beginn der Leistung“ – „Beendigung der Leistung“ – „Unterbrechung der Leistung“ .....	1194
a) Leistung .....	1194
b) Beginn der Leistung .....	1195
c) Beendigung der Leistung .....	1195
d) Unterbrechung der Leistung .....	1196
2. Gewöhnlicher Aufenthalt .....	1197
3. Eltern, Mutter, Vater .....	1198
B. Einzelheiten .....	1198
I. Abs. 1 – Zuständigkeit aufgrund des gewöhnlichen Aufenthalts der Eltern oder eines Elternteils .....	1198
II. Abs. 2 – Zuständigkeit bei verschiedenen gewöhnliche Aufenthalten der Elternteile ..	1199
1. Abs. 2 Satz 1 – Gewöhnlicher Aufenthalt des personensorgeberechtigten Elternteils .....	1199
2. Abs. 2 Satz 2 – Gemeinsame Personensorge, verschiedene gewöhnliche Aufenthalte der Elternteile .....	1200
3. Abs. 2 Satz 3 – Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes bei beiden Personensorgeberechtigten .....	1200
4. Abs. 2 Satz 4 – Gewöhnlicher Aufenthalt bei keinem Elternteil .....	1200
III. Abs. 3 – Zuständigkeit bei verschiedenen gewöhnliche Aufenthalten, keine Personensorge .....	1201
IV. Abs. 4 – Zuständigkeit, wenn kein gewöhnlicher Aufenthalt feststellbar .....	1201
V. Abs. 5 – Zuständigkeit bei Trennung der Eltern .....	1202
1. Abs. 5 Satz 1 – Ein personensorgeberechtigter Elternteil .....	1202
2. Abs. 5 Satz 2 – Personensorge steht beiden Elternteilen oder keinem Elternteil zu .....	1202
3. Abs. 5 Satz 3 – Kein neuer gewöhnlicher Aufenthalt im Inland .....	1203

VI. Abs. 6 – Zuständigkeit bei Dauerpflege .....	1203
1. Allgemeines .....	1203
2. Voraussetzungen .....	1203
3. Ende der Zuständigkeit, Kostenerstattung .....	1204
VII. Abs. 7 – Zuständigkeit für Leistungen an minderjährige Asylbewerber .....	1204
1. Abs. 7 Satz 1 – Zuständigkeit während des Asylverfahrens .....	1204
a) Abs. 7 Satz 1 Hs. 1 .....	1205
b) Abs. 7 Satz 1 Hs. 2 .....	1205
2. Abs. 7 Satz 2 – Zuständigkeit bei Stattfinden eines Verteilungsverfahrens .....	1205
3. Abs. 7 Satz 3 – Zuständigkeitskontinuität .....	1206
4. Abs. 7 Satz 4 – Unterbrechung der Leistung .....	1206
<b>§ 86a Örtliche Zuständigkeit für Leistungen an junge Volljährige .....</b>	<b>1207</b>
A. Allgemeines .....	1207
B. Einzelheiten .....	1207
I. Abs. 1 – Gewöhnlicher Aufenthalt .....	1207
II. Abs. 2 – Schutz der Einrichtungsorte .....	1208
III. Abs. 3 – Fehlender gewöhnlicher Aufenthalt .....	1208
IV. Abs. 4 – Kontinuität der Zuständigkeit .....	1208
<b>§ 86b Örtliche Zuständigkeit für Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/ Väter und Kinder .....</b>	<b>1210</b>
<b>§ 86c Fortdauernde Leistungsverpflichtung und Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel .....</b>	<b>1211</b>
A. Allgemeines .....	1211
B. Einzelheiten .....	1211
I. Abs. 1 – Fortdauer der Leistungsverpflichtung .....	1211
II. Abs. 2 – Verfahren bei Zuständigkeitswechsel .....	1213
III. Kostenerstattung .....	1213
<b>§ 86d Verpflichtung zum vorläufigen Tätigwerden .....</b>	<b>1214</b>
<b>Zweiter Unterabschnitt Örtliche Zuständigkeit für andere Aufgaben .....</b>	<b>1216</b>
<b>§ 87 Örtliche Zuständigkeit für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen .....</b>	<b>1216</b>
A. Allgemeines .....	1216
B. Einzelheiten .....	1216
I. Satz 1 – Zuständigkeit für Inobhutnahme im Allgemeinen .....	1216
II. Satz 2 – Sonderfall Inobhutnahme unbegleiteter ausländischer Minderjähriger .....	1217
<b>§ 87a Örtliche Zuständigkeit für Erlaubnis, Meldepflichten und Untersagung .....</b>	<b>1218</b>
A. Allgemeines .....	1218
B. Einzelheiten .....	1219
I. Abs. 1 – Zuständigkeit für Erteilung und Aufhebung der Pflegeerlaubnis nach §§ 43, 44 SGB VIII .....	1219
II. Abs. 2 – Zuständigkeit für Erteilung und Aufhebung einer Erlaubnis zum Betrieb einer Einrichtung und sonstige Aufsichtsmaßnahmen .....	1219
III. Abs. 3 – Zuständigkeit für Mitwirkung an der örtlichen Prüfung .....	1220

<b>§ 87b Örtliche Zuständigkeit für die Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren</b> .....	1221
A. Allgemeines .....	1221
B. Einzelheiten .....	1221
I. Abs. 1 – Begründung der örtlichen Zuständigkeit für die Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren .....	1221
II. Abs. 2 – Fortbestehen der örtlichen Zuständigkeit nach Abs. 1 .....	1223
1. Grundsatz .....	1223
2. Sonderfall: Verfahren nach dem JGG .....	1223
III. Abs. 3 – Zuständigkeit in Zweifelsfällen .....	1223
<b>§ 87c Örtliche Zuständigkeit für die Beistandschaft, die Pflegschaft, die Vormundschaft und die schriftliche Auskunft nach § 58</b> .....	1224
A. Allgemeines .....	1225
B. Einzelheiten .....	1225
I. Abs. 1 – Zuständigkeit für die Amtsvormundschaft nach § 1786 BGB .....	1225
II. Abs. 2 – Zuständigkeitsübergang bei Änderung des gewöhnlichen Aufenthalts der Mutter .....	1226
III. Abs. 2a – Zuständigkeit bei vertraulicher Geburt .....	1227
IV. Abs. 3 – Zuständigkeit bei gerichtlich bestellter Pflegschaft oder Vormundschaft .....	1227
V. Abs. 4 – Zuständigkeit für Adoptionsvormundschaft .....	1229
VI. Abs. 5 – Zuständigkeit für die Beratung nach § 52a SGB VIII sowie die Beistandschaft .....	1229
VII. Abs. 6 – Zuständigkeit für Erteilung der schriftlichen Auskunft nach § 58 Abs. 2 SGB VIII u.a. ....	1230
<b>§ 87d Örtliche Zuständigkeit für weitere Aufgaben im Vormundschaftswesen</b> .....	1232
<b>§ 87e Örtliche Zuständigkeit für Beurkundung und Beglaubigung</b> .....	1233
<b>Dritter Unterabschnitt Örtliche Zuständigkeit bei Aufenthalt im Ausland</b> .....	1234
<b>§ 88 Örtliche Zuständigkeit bei Aufenthalt im Ausland</b> .....	1234
A. Allgemeines .....	1234
B. Einzelheiten .....	1234
I. Abs. 1 – Leistungen im Ausland .....	1234
II. Abs. 2 – Fortsetzung der Leistung im Ausland .....	1235
<b>Vierter Unterabschnitt Örtliche Zuständigkeit für vorläufige Maßnahmen, Leistungen und die Amtsvormundschaft für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche</b> .....	1236
<b>§ 88a Örtliche Zuständigkeit für vorläufige Maßnahmen, Leistungen und die Amtsvormundschaft für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche</b> .....	1236
A. Allgemeines .....	1236
B. Einzelheiten .....	1237
I. Abs. 1 – Örtliche Zuständigkeit für die vorläufige Inobhutnahme .....	1237
II. Abs. 2 – Örtliche Zuständigkeit für die Inobhutnahme und Zuständigkeitsübernahme .....	1238
1. Abs. 2 Satz 1 – Grundsatz .....	1238
2. Abs. 2 Satz 2 – Bei Ausschluss der Verteilung .....	1238
3. Abs. 2 Satz 3 – Übernahme der Zuständigkeit .....	1239

III. Abs. 3 – Örtliche Zuständigkeit für Leistungen .....	1240
IV. Abs. 4 – Örtliche Zuständigkeit für Vormundschaft oder Pflegschaft .....	1241
C. Rechtsschutz .....	1241
<b>Dritter Abschnitt Kostenerstattung .....</b>	<b>1242</b>
<b>§ 89 Kostenerstattung bei fehlendem gewöhnlichen Aufenthalt .....</b>	<b>1242</b>
<b>§ 89a Kostenerstattung bei fortdauernder Vollzeitpflege .....</b>	<b>1244</b>
A. Allgemeines .....	1244
B. Einzelheiten .....	1245
I. Abs. 1 – Kostenerstattung durch früheren örtlichen Träger .....	1245
II. Abs. 2 – Durchgriffsanspruch gegen einen anderen Träger .....	1246
III. Abs. 3 – Wechsel des erstattungspflichtigen Trägers .....	1247
<b>§ 89b Kostenerstattung bei vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen .....</b>	<b>1248</b>
A. Allgemeines .....	1248
B. Einzelheiten .....	1248
I. Abs. 1 – Erstattungspflicht durch den Träger des gewöhnlichen Aufenthalts .....	1248
II. Abs. 2 – Erstattung bei fehlendem örtlichen Träger .....	1249
III. Abs. 3 – Fortbestand der Erstattungspflicht .....	1249
IV. Umfang der Erstattungspflicht .....	1249
<b>§ 89c Kostenerstattung bei fortdauernder oder vorläufiger Leistungsverpflichtung .....</b>	<b>1250</b>
A. Allgemeines .....	1250
B. Einzelheiten .....	1250
I. Abs. 1 – Erstattungspflicht bei fortdauernder oder vorläufiger Leistungsverpflichtung .....	1250
1. Bei fortdauernder Leistungspflicht trotz Zuständigkeitswechsels (§ 86c SGB VIII) .....	1250
2. Bei vorläufiger Leistungspflicht (§ 86d SGB VIII) .....	1251
II. Abs. 2 – Zuschlag bei pflichtwidrigem Verhalten .....	1251
III. Abs. 3 – Erstattungspflicht des überörtlichen Trägers .....	1252
<b>§ 89d Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise .....</b>	<b>1253</b>
A. Allgemeines .....	1253
B. Einzelheiten .....	1254
I. Voraussetzungen der Erstattungspflicht .....	1254
1. Satz 1 Nr. 1 – Gewährung von Jugendhilfe .....	1254
2. Satz 2 – Tag der Einreise .....	1254
3. Satz 3 – Asylgesuch und Asylantrag .....	1255
4. Erstattungsfähige Kosten .....	1255
II. Abs. 2 – Geburt im Inland .....	1255
III. Abs. 3 – Im Ausland Geborene .....	1256
IV. Abs. 4 – Ende der Erstattungspflicht .....	1256
V. Abs. 5 – Rangverhältnis von Erstattungsansprüchen .....	1257

<b>§ 89e Schutz der Einrichtungsorte</b> .....	1258
A. Allgemeines .....	1258
B. Einzelheiten .....	1258
I. Abs. 1 – Voraussetzungen der Kostenerstattung .....	1258
II. Abs. 2 – Fehlender erstattungspflichtiger örtlicher Träger .....	1259
III. Verhältnis zu anderen Erstattungsregelungen .....	1260
<b>§ 89f Umfang der Kostenerstattung</b> .....	1261
A. Allgemeines .....	1261
B. Einzelheiten .....	1261
I. Abs. 1 – Voraussetzungen der Kostenerstattung .....	1261
1. Aufgabenerfüllung entsprechend den „Vorschriften dieses Buches“ .....	1261
2. Sonderfall Inobhutnahme .....	1262
3. Interessenwahrungsgrundsatz .....	1263
4. Gerichtliche Überprüfbarkeit .....	1264
5. Aufgewendete Kosten .....	1264
II. Abs. 2 – Bagatellgrenze .....	1265
<b>§ 89g Landesrechtsvorbehalt</b> .....	1266
<b>§ 89h Übergangsvorschrift</b> .....	1267
<b>Achtes Kapitel Kostenbeteiligung</b> .....	1268
<b>Erster Abschnitt Pauschalierte Kostenbeteiligung</b> .....	1268
<b>§ 90 Pauschalierte Kostenbeteiligung</b> .....	1268
A. Allgemeines .....	1269
B. Einzelheiten .....	1270
I. Abs. 1 – Pauschalierte Kostenbeiträge .....	1270
II. Abs. 2 – Erlass oder Übernahme der Kosten .....	1270
1. Absatz 2 Satz 1 und 2 – Voraussetzungen .....	1270
2. Absatz 2 Satz 3 – Zumutbarkeit der Belastung i.S.d. Abs. 1 Nr. 1 .....	1271
3. Absatz 2 Satz 4 – Baukindergeld und Eigenheimzulage .....	1272
III. Abs. 3 – Pflicht zur Staffelung der Kostenbeiträge nach Abs. 1 Nr. 3 .....	1272
IV. Abs. 4 – Erlass oder Übernahme des Kosten- und Teilnahmebeitrags nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 .....	1273
1. Materielle Voraussetzungen .....	1273
2. Antragserfordernis und Beratung .....	1274
V. Verfahren und Rechtsschutz .....	1276
<b>Zweiter Abschnitt Kostenbeiträge für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen</b> .....	1277
<b>§ 91 Anwendungsbereich</b> .....	1277
A. Allgemeines .....	1278
B. Einzelheiten .....	1278
I. Abs. 1 – Kostenpflichtige Leistungen und vorläufige Maßnahmen .....	1278
II. Abs. 2 – Teilstationäre Leistungen .....	1279
III. Abs. 3 – Notwendiger Unterhalt und Krankenhilfe .....	1279

IV. Abs. 4 – Verwaltungskosten .....	1279
V. Abs. 5 – Vorleistungspflicht des öffentlichen Trägers .....	1280
<b>§ 92 Ausgestaltung der Heranziehung .....</b>	<b>1281</b>
A. Allgemeines .....	1282
B. Einzelheiten .....	1282
I. Abs. 1 – Kostenschuldner .....	1282
1. Nr. 1 – Kinder und Jugendliche .....	1282
2. Nr. 2 – Junge Volljährige .....	1282
3. Nr. 3 – Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII .....	1283
4. Nr. 4 – Ehegatten und Lebenspartner junger Menschen .....	1283
5. Nr. 5 – Elternteile .....	1283
II. Abs. 1a – Heranziehung volljähriger Leistungsberechtigter nach § 19 SGB VIII .....	1283
III. Abs. 2 – Form der Heranziehung .....	1285
IV. Abs. 3 – Voraussetzungen der Erhebung .....	1285
V. Abs. 4 – Einschränkungen der Kostenerhebung .....	1287
VI. Abs. 5 – Absehen von der Heranziehung .....	1287
1. Zweckgefährdung .....	1287
2. Besondere Härte .....	1288
VII. Verfahren und Rechtsschutz .....	1288
<b>§ 93 Berechnung des Einkommens .....</b>	<b>1290</b>
A. Allgemeines .....	1291
B. Einzelheiten .....	1291
I. Abs. 1 – Einzusetzendes Einkommen .....	1291
1. Abs. 1 Satz 1 – Einkommen .....	1291
2. Abs. 1 Satz 2 – Schmerzensgeld .....	1292
3. Abs. 1 Satz 3 – Zweckidentische Leistungen .....	1292
4. Abs. 1 Satz 4 – Kindergeld und zweckgebundene Leistungen .....	1293
II. Abs. 2 – Abzugsfähige Beträge .....	1293
III. Abs. 3 – Abzugsfähige Belastungen .....	1294
IV. Abs. 4 – Berechnung des Einkommens .....	1295
<b>§ 94 Umfang der Heranziehung .....</b>	<b>1297</b>
A. Allgemeines .....	1301
B. Einzelheiten .....	1301
I. Abs. 1 – Umfang und Rangfolge der Heranziehung .....	1301
II. Abs. 2 – Berücksichtigung anderer Unterhaltspflichteter .....	1302
III. Abs. 3 – Behandlung des Kindergelds .....	1302
IV. Abs. 4 – Quotelung .....	1303
V. Abs. 5 – Verordnungsermächtigung .....	1303
1. Ermächtigungsgrundlage .....	1303
2. Kostenbeitragsverordnung (KostenbeitragsV) .....	1304
VI. Abs. 6 – Besonderheiten bei der Heranziehung junger Menschen und Leistungsberechtigter nach § 19 SGB VIII .....	1305

<b>Dritter Abschnitt Überleitung von Ansprüchen</b> .....	1307
<b>§ 95 Überleitung von Ansprüchen</b> .....	1307
A. Allgemeines .....	1307
B. Einzelheiten .....	1307
I. Abs. 1 – Voraussetzungen und Folgen der Überleitung .....	1307
1. Voraussetzungen .....	1307
2. Rechtsfolgen .....	1308
II. Abs. 2 – Grenzen der Überleitung .....	1308
III. Abs. 3 – Umfang des Anspruchsübergangs .....	1309
IV. Abs. 4 – Rechtsschutzfragen .....	1309
<b>§ 96 (weggefallen)</b> .....	1310
<b>Vierter Abschnitt Ergänzende Vorschriften</b> .....	1311
<b>§ 97 Feststellung der Sozialleistungen</b> .....	1311
A. Allgemeines .....	1311
B. Einzelheiten .....	1311
I. Erstattungsberechtigter Träger .....	1311
II. Sozialleistung .....	1312
III. Betreiben der Feststellung .....	1312
IV. Entscheidung über das Betreiben der Feststellung .....	1312
<b>§ 97a Pflicht zur Auskunft</b> .....	1313
A. Allgemeines .....	1314
B. Einzelheiten .....	1314
I. Abs. 1 – Auskunftspflicht und Auskunftspflichtige .....	1314
II. Abs. 2 Auskunftspflicht bei Pflegeverhältnis .....	1315
III. Abs. 3 – Umfang der Auskunftspflicht .....	1315
IV. Abs. 4 – Auskunftspflicht des Arbeitgebers .....	1316
V. Abs. 5 – Auskunftsverweigerungsrecht .....	1316
VI. Auskunftsverlangen .....	1316
VII. Ordnungswidrigkeit .....	1317
<b>§ 97b (weggefallen)</b> .....	1318
<b>§ 97c Erhebung von Gebühren und Auslagen</b> .....	1319
<b>Neuntes Kapitel Kinder- und Jugendhilfestatistik</b> .....	1321
A. Bedeutung und Funktion der Statistik .....	1321
B. Statistikkritik .....	1321
C. Gesetzliche Erweiterungen des Erhebungsfelds .....	1322
D. Statistik und informationelle Selbstbestimmung .....	1323
E. Die einzelnen SGB VIII-Bestimmungen zur Statistik .....	1324
I. § 98 – Zweck und Umfang der Erhebung .....	1324
<b>§ 98 Zweck und Umfang der Erhebung</b> .....	1324
II. § 99 – Erhebungsmerkmale .....	1325
<b>§ 99 Erhebungsmerkmale</b> .....	1325
III. § 100 – Hilfsmerkmale .....	1331

<b>§ 100 Hilfsmerkmale</b> .....	1331
IV. § 101 – Periodizität und Berichtszeitraum .....	1332
<b>§ 101 Periodizität und Berichtszeitraum</b> .....	1332
V. § 102 – Auskunftspflicht .....	1333
<b>§ 102 Auskunftspflicht</b> .....	1333
VI. § 103 – Übermittlung .....	1335
<b>§ 103 Übermittlung</b> .....	1335
<b>§ 104 Bußgeldvorschriften</b> .....	1337
A. Allgemeines .....	1337
B. Einzelheiten .....	1337
I. Abs. 1 – Die Bußgeldtatbestände .....	1337
II. Abs. 2 – Ahndung .....	1339
<b>§ 105 Strafvorschriften</b> .....	1340
A. Nummer 1 .....	1340
B. Nummer 2 .....	1341
<b>§ 106 Einschränkung eines Grundrechts</b> .....	1343
<b>§ 107 Übergangsregelung</b> .....	1344
A. Allgemeines .....	1345
B. Einzelheiten .....	1345
I. Abs. 1 – Begleitung und Untersuchung von Umsetzungsmaßnahmen der Länder .....	1345
II. Abs. 2 – „Prospektive Gesetzesevaluation“ .....	1346
III. Abs. 3 – Beteiligung der Länder .....	1347
IV. Abs. 4 – Weiterer Untersuchungsauftrag .....	1347
<b>KKG Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz</b> .....	1349
<b>Einführung zum KKG</b> .....	1351
<b>§ 1 KKG Kinderschutz und staatliche Mitverantwortung</b> .....	1352
A. Allgemeines .....	1352
B. Einzelheiten .....	1353
I. Ziel (Abs. 1) .....	1353
II. Pflichtgebundenes Elternrecht und staatliches Wächteramt (Abs. 2) .....	1353
III. Aufgaben der staatlichen Gemeinschaft (Abs. 3) .....	1353
IV. Legaldefinition Frühe Hilfen (Abs. 4) .....	1354
<b>§ 2 KKG Information der Eltern über Unterstützungsangebote in Fragen der Kindesentwicklung</b> .....	1356
A. Allgemeines .....	1356
B. Einzelheiten .....	1356
I. Verpflichtung zur Information (Abs. 1) .....	1356
II. Befugnisse der zuständigen Stellen (Abs. 2 Satz 1 und 2) .....	1358
III. Zuständigkeit (Abs. 2 Satz 3) .....	1359

<b>§ 3 KKG Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz</b> .....	1361
A. Allgemeines .....	1362
B. Einzelheiten .....	1362
I. Ausbau verbindlicher Netzwerkstrukturen (Abs. 1) .....	1362
II. Multiprofessionelle Netzwerkpartner (Abs. 2) .....	1364
III. Organisation und Grundsätze der Zusammenarbeit von Netzwerken (Abs. 3) .....	1365
1. Organisationsverantwortung und Rückgriff auf vorhandene Strukturen (Abs. 3 Satz 1 und 3) .....	1365
2. Vereinbarungen über Grundsätze der Zusammenarbeit (Abs. 3 Satz 2) .....	1366
IV. Sicherstellung der Netzwerkarbeit (Abs. 4) .....	1366
1. Stärkung Früher Hilfen durch Familienhebammen (Abs. 4 Satz 1) .....	1367
2. Zwei Phasen der Finanzierung durch den Bund (Abs. 4 Satz 2 und 3) .....	1367
3. Verwaltungsvereinbarung Fonds Frühe Hilfen (Abs. 4 Satz 4) .....	1367
<b>§ 4 KKG Beratung und Übermittlung von Informationen bei Kindeswohlgefährdung</b> .....	1369
A. Allgemeines .....	1371
I. Änderung und Struktur der Vorschrift .....	1371
II. Fortbestehende Probleme der Vorschrift .....	1372
1. Fehlende Gesetzgebungskompetenz des Bundes? .....	1372
2. Verhältnis zu landesrechtlichen Regelungen .....	1374
3. Gefahr der „Abschiebung von Verantwortung“ an das Jugendamt? .....	1376
B. Einzelheiten .....	1377
I. Absatz 1 – Kinderschutz durch Berufsheimnisträger_innen .....	1377
1. Katalog der Normadressat_innen .....	1377
a) Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte (Nr. 1) .....	1377
b) Hebammen und Entbindungspfleger (Nr. 1) .....	1377
c) Angehörige eines anderen Heilberufes, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert (Nr. 1) .....	1378
d) Berufspsychologinnen oder -psychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung (Nr. 2) .....	1378
e) Ehe-, Familien-, Erziehungs- und Jugendberaterinnen oder -berater (Nr. 3) ...	1379
f) Beraterinnen oder Berater für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist (Nr. 4) .....	1379
g) Mitglieder oder Beauftragte einer anerkannten Beratungsstelle nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (Nr. 5) .....	1379
h) Staatlich anerkannte Sozialarbeiterinnen oder -arbeiter und staatlich anerkannte Sozialpädagoginnen oder -pädagogen (Nr. 6) .....	1379
i) Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen und an staatlich anerkannten privaten Schulen (Nr. 7) .....	1380
2. Pflichten der Berufsheimnisträger_innen .....	1380
a) Voraussetzungen .....	1380
b) Folgen gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung .....	1381
aa) Pflicht zur Erörterung der Situation .....	1381
bb) Hinwirken auf die Inanspruchnahme von Hilfen .....	1382
cc) Keine Infragestellung wirksamen Schutzes .....	1383
II. Absatz 2 – Beratungsanspruch .....	1383
1. Satz 1 – Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft .....	1383
2. Satz 2 – Befugnis zur Übermittlung pseudonymisierter Daten .....	1384

III.	Abs. 3 – Befugnis zur Übermittlung von Daten an das Jugendamt .....	1385
1.	Satz 1 Hs. 1 – Voraussetzungen der Übermittlungsbefugnis .....	1385
a)	Ausscheiden einer Gefährdungsabwendung nach Abs. 1 .....	1385
b)	Erfolgslosigkeit des Vorgehens nach Abs. 1 .....	1385
c)	Erforderlichkeit eines Tätigwerdens des Jugendamtes .....	1386
2.	Satz 1 Hs. 2 – Vorgängiger Hinweis an die Betroffenen .....	1386
3.	Satz 1 – Rechtsfolge: Befugnis, das Jugendamt zu informieren .....	1387
4.	Satz 2 – Umfang der Übermittlungsbefugnis .....	1388
5.	Satz 3 – Pflicht der Personen nach Abs. 1 Nr. 1 zur Information des Jugendamtes .....	1388
a)	Voraussetzungen .....	1389
b)	Rechtsfolge .....	1390
IV.	Absatz 4 – Rückmeldung des Jugendamtes an die informierende Person .....	1391
1.	Satz 1 – Rückmeldung durch das Jugendamt .....	1391
2.	Satz 2 – Vorabhinweis an die Betroffenen .....	1393
V.	Absatz 5 – Erweiterung des persönlichen Geltungsbereichs .....	1394
VI.	Absatz 6 – Interkollegialer Austausch von Ärztinnen und Ärzten .....	1395
VII.	Erforderlichkeit einer Aussagegenehmigung? .....	1396
1.	Beamtinnen und Beamte .....	1396
2.	Angestellte im öffentlichen Dienst oder einem sonstigen Beschäftigungsverhältnis .....	1397
3.	Einzelvertragliche Einschränkung der Mitteilungsbefugnis? .....	1397
VIII.	Dokumentation .....	1397
IX.	Strafrechtliche Garantenstellung aufgrund § 4 KKG? .....	1398
1.	Personen nach Abs. 1 Nr. 2 bis 7 .....	1398
2.	Personen nach Abs. 1 Nr. 1 .....	1399
<b>§ 5 KKG Mitteilung an das Jugendamt .....</b>		<b>1400</b>
A.	Allgemeines .....	1400
B.	Einzelheiten .....	1401
I.	Mitteilungen der Strafjustiz (Abs. 1) .....	1401
1.	Informationspflicht und Datenübermittlung (Abs. 1 Satz 1) .....	1401
2.	Zur Anordnung der Mitteilung verpflichtete Personen (Abs. 1 Satz 2) .....	1402
3.	Beratungsanspruch (Abs. 1 Satz 3) .....	1403
II.	Strafrechtlich indizierte gewichtige Anhaltspunkte für eine mögliche Kindeswohlgefährdung (Abs. 2) .....	1403
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>		<b>1407</b>